



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

79 (16.12.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253553](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253553)

12. Die heftige Regierung tritt im Reichsrat für eine Politik des entschlossenen nationalen Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für jede Möglichkeit einer aktiven Freiheitspolitik ein.

Diese vorstehenden Forderungen bilden ein unteilbares Mindestprogramm. Nur wenn ihre Durchführung der NSDAP möglich gemacht wird, ist diese in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen, die das Ende einer 13-jährigen marxistischen Regierung mit ihren verhängnisvollen Folgen ihr auferdet. Das Volk erwartet mit Recht ganze Leistungen und keine Halbheiten und keine Kompromisse. Sollte daher dieses Programm, das allein Ausschichten für eine Sanierung Hessens und eine Wiedergewinnung des Staatsvertrauens im Volke bietet, vom Zentrum abgelehnt werden, so muß in einer neuen Befragung das Volk entscheiden, wenn es das Schicksal des Landes künftighin anvertrauen will.

Die Antwort des Zentrums

Wie nicht anders zu erwarten war, hat das Zentrum eine ausweichende Antwort auf unsere Bedingungen gegeben. Es ist zwar bereit, bezüglich der ersten 10 Punkte in Verhandlung mit uns einzutreten und an ihrer Durchführung mitzuwirken, soweit diesen Punkten nicht die heftige oder Reichsregierung entgegensteht. Am übrigen möchte es noch gerne Legalitätsschwüre (!) von uns. Auch legt das Zentrum auf die Befragung des Staatspräsidiums mit einer „politisch unabhängigen Persönlichkeit“ großen Wert.

Da unsere Forderungen als ein unteilbares, organisches Ganzes überreicht wurden und wir von vornherein erklärten, daß diese Bedingungen für den Regierungseintritt die Mindestforderungen darstellen, geht die Auffassung unserer heftigen Landtagsfraktion dahin, daß das Zentrum durch die Formulierung seiner Gegenbedingungen ablehnenden Charakter

zeige. Adolf Hitler wird zur Antwort des Zentrums persönlich Stellung nehmen.

Die Bildung der heftigen Regierung und die Wahl des Staatspräsidenten wurden auf Grund dieser Situation bis zum nächsten Zusammentritt des Landtages nach den Feiertagen vertagt.

Die erste Plenarsitzung des heftigen Landtages gestaltete sich überaus stürmisch. Hg. Lenz rechnete mit dem sozialdemokratischen Innenminister Leuschner in scharfen Worten ab. Er verwahrte sich gegen den Verfolgungserror gegenüber unserer Partei in Hessen und wandte sich gegen die übertriebene Aufschauung des „Bozheimer Dokumentes“, während gleichzeitig Schriftstücke, welche die

Illegale Tätigkeit der Kommunisten einwandfrei belegen, unterfahrgen

wurden. Zum Beweis hierfür verlas Hg. Lenz ein Originalrundschreiben der KPD, das Herrn Leuschner sehr unangenehm war, zumal er Kenntnis davon hatte. Leuschner redet sich damit heraus, daß er erklärte, den Verfasser des kommunistischen Landesvertragsdokumentes nicht feststellen zu können. Ein von den Nationalsozialisten beantragter Untersuchungsausschuß wird sich mit den Amtsmethoden des Leuschner befassen. Daß Leuschner nach diesen Vorfällen zu verschwinden hat, bedarf wohl keiner großen Erörterung. Ein Mißtrauensantrag gegen ihn und ein Mißtrauensantrag gegen die gesamte heftige Regierung wurde angenommen. Man verlangt nun, trotz der klaren Rechtslage wie sie sich aus der heftigen Verfassung ergibt, Herrn Leuschner zu halten. Sollte man wirklich diesen Dreh probieren, so wird sich unsere Landtagsfraktion an den Staatsgerichtshof wenden, um die Einhaltung der Verfassung zu erzwingen.

Die überflüssigste Einrichtung des Reiches

In Kapitel 3 des Reichshaushalts des Reichsinnenministeriums finden wir auch eine „Reichszentrale für Heimatdienst“. Sie hat, um es kurz und klar zu sagen, die Aufgabe, die Politik der Reichsregierung in Propagandaschriften zu verteidigen und für sie Stimmung zu machen. Natürlich kostet sie Geld, sehr viel Geld. Der Hauptposten, der die meisten Gelder verschlingt, ist die Ausgabe für die sachliche Aufklärungsarbeit. Sie betrug 1930 noch 435 000 RM und ist 1931 auf 200 000 RM herabgesetzt worden. Aber auch diesen Betrag könnte man sparen. Bekanntlich wurden diese Gelder zur Propaganda für den Youngplan und im Volksentscheidungskampf für die preussische Regierung angewandt. Da diese Gelder vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen, finanziert er solche Propaganda, auch wenn er gesinnungsgemäß gegen sie kämpft.

Alles in allem kostet diese „Reichszentrale für Heimatdienst“ dem deutschen Steuerzahler 1931 nicht weniger als 1 558 100 RM (gegen 2 188 800 RM im Jahre 1930).

1 Ministerialrat, 2 Oberregierungsräte und 5 Regierungsräte arbeiten in dieser Reichszentrale und erhalten an Gehältern und Aufwandsgehältern 78 300 RM jährlich. Das Heer der Angestellten und Arbeiter in dieser überflüssigen Behörde beansprucht jährlich 283 150 RM an Löhnen (gegen 521 900 RM im Vorjahr). An Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren werden 12 100 RM ausgegeben, das sind, 314 Arbeitstage gerechnet, täglich 35 RM.

Auch einige Einnahmen sind da, die aber von den Ausgaben ausgeht werden, so 15 000 RM aus Bibliothekverleih, 8000 RM aus Vortragswesen, 12 000 RM aus Proschürenertrieb.

Wenn man sich auch bemüht hat, bei dieser gänzlich unnötigen Behörde im Jahre 1931 wesentliche Ersparnisse zu machen, so sind wir doch der Ansicht, daß diese Reichszentrale ganz zu verschwinden hat. Die 1 1/2 Millionen können wohl Gott besser verwandt werden.

Zwei nüchterne Meldungen

Eine Gemeinde läßt den Kirchturm abreißen, weil sie kein Geld für seine Reparatur hat!

Nachdem die Gemeinde Dahlenhausen im Kreise Hörter ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt hat und 85 Prozent der gesamten Einwohner arbeitslos sind, haben sich 800 Einwohner von den 1500 entschlossen, auszuwandern.

Die Kirchengemeinde Großmandelkow (Neumark) läßt den Kirchturm abreißen, da ihr die zur Reparatur notwendigen Mittel fehlen. — Die gleiche Maßnahme wird von der Gemeinde Königsberg (Neumark) erwogen.

Das sind die Folgen der von der jüdisch-marxistischen Presse gepriesenen Erleichterungen durch die Annahme des Youngplans.

Berliner Bank für Handel und Grundbesitz

Wie wir bereits berichteten, schlägt die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz L. G. 30 Prozent Vergleich unter Reichsgarantie vor. Gläubiger mit Forderungen bis zu RM 100.— und diejenigen, die ihre Forderungen auf diese Summe ermäßigen, werden voll befriedigt. Auch hierfür hastet das Reich. Das Reich will nun die Hälfte der Vergleichsleistungen bevorzugen, und zwar erhält ein Gläubiger danach für Forderungen bis zu RM 100.— 50 p. H., für alle höheren Forderungen 15 p. H. Vorschuß. Jedoch erst nach Fertigstellung des Status, die nach einige Zeit dauert, werden diese Vorschüsse formuliert. Es ist unerhört, weshalb das Reich für diese ungeheure Zahl von Kunden nicht ebenso eintritt wie seinerzeit für die Großbanken! War nicht vorher zu bremsen? Sah niemand von den maßgebenden Stellen schon im Juli, wie viele Tausende, daß allein nach den letzten Bilanzposten für die Effekten die Verluste das Vermögen der Bank übersteigen? Welche mangelnde Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat in einem derart angewachsenen Unternehmen! Wo bleibt die Mitkontrolle der Kunden? In einer Untertugendgesellschaft ist dies ja unmöglich, deshalb hat sich die Barmer Kreditbank, die seit einiger Zeit der Hausbesitzerbank angegeschlossen war, vor kurzem auf genossenschaftliche Basis umgestellt, um in Zukunft wieder das Vertrauen (!) der Kunden zurückzugewinnen. Hoffentlich täuschen sich die Herren nicht, denn die größten Gewinne erlangt man in der A. G.

Neue kommunistische Bluttat in Berlin

Drei Nationalsozialisten befanden sich am vergangenen Donnerstagabend auf dem Heimweg von ihrem Verlamungslokal in der Weihenburger Straße 67. Als sie an dem Hause Treuschowstraße 14 vorübergingen, stürzten plötzlich auf ein Signal ungefähr 20 Kommunisten aus dem Flur des Hauses heraus und gaben mehrere Schüsse auf die Nationalsozialisten ab. Gleichzeitig drangen sie mit Messern auf die drei Nationalsozialisten ein und brachten ihnen schwere Stichwunden bei. Dann flüchteten sie nach allen Seiten.

Die drei Verfallenen haben schwere Verletzungen erlitten: der 31 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Weigel aus der Schomenschen Straße 5 eine Schußverletzung im Gesicht, sowie Messerfische an der linken Hand und an der rechten Schläfe; der 18 Jahre alte Arbeiter Kurt Nau aus der Stolpeischen Straße 13 einen Kniebeschuß und mehrere Messer-

fische über den Augen; der 25 Jahre alte Arbeiter Otto Steiner aus der Danziger Straße 93 schwere Verletzungen an den Augen.

Ein starkes Polizeigefolge erschien kurz nach dem Ueberfall in der Treuschowstraße und nahm eine Durchsuchung mehrerer kommunistischer Lokale vor. Dabei wurden zwei Personen, die der Beteiligung an dem Feuerüberfall dringend verdächtig sind, festgenommen.

Katholischer Priester verweigert die Einsegnung eines Nationalsozialisten

Vor einigen Tagen wurde in Dortmund der Nationalsozialist Ostermann zur letzten Ruhe getragen. Der amtierende Pfarrer, Kaplan Gieß, weigerte sich, dem Verstorbenen die letzte Ehre anzudehnen zu lassen, sofern nicht ein vorhandener Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife entfernt würde. Ein Freund des verstorbenen Ostermann teilt über einen Besuch des Seelsorgers am Krankenlager des Verstorbenen noch folgendes mit:

Am 15. November besuchte ich meinen Freund Ostermann am seinen Krankenlager. Mit Rücksicht darauf, daß nach ärztlicher Aussage der Tod jeden Tag eintreten könne, ließen die Angehörigen den Kaplan Gieß von der Propsteikirche holen. Hg. Ostermann erzählte mir bei meinem Besuch am Krankenlager von der Unterhaltung mit dem Pfarrer und bat mich gleichzeitig, seine Abmeldung aus der NSDAP zu veranlassen. Ich fragte nach dem Grunde, worauf mir Hg. D. antwortete: „Ich empfinde vor einigen Tagen meinen Seelsorger zwecks Empfangs der letzten Sakramente. Ich erklärte dabei, daß ich Mitglied der NSDAP sei. Der „Seelsorger“ weigerte sich darauf, mir die Sakramente zu erteilen; ich sollte ihm fest versprechen, daß ich aus der Partei austreten würde. Mir blieb nichts anderes übrig, als dem Geistlichen das Versprechen zu geben. Innerlich werde ich zwar unserem Führer Adolf Hitler die Treue halten.“

Hier haben wir wieder einen typischen Fall, wie sich katholische Geistliche politisch betätigen, statt ausschließlich ihres Amtes zu walten, für das sie ausersehen sind. Im übrigen wird dadurch nur erreicht, daß die deutschen Katholiken sich immer mehr von der katholischen Kirche, die, wie der vorliegende Fall wieder kroch beleuchtet, ihre Belange in geistlicher Beziehung nicht vertreten, abwenden.

Gäert aus dem Kirchendienst entlassen

Das kirchliche Dienstgericht beschäftigte sich am Freitag mit dem Fall des zur KPD übergetretenen Pfarrers Gäert-Mannheim. Am Schlusse der Verhandlungen, die sich von 9 Uhr vormittags bis gegen 7.30 Uhr abends hinzogen, wurde folgendes Urteil bekanntgegeben:

Pfarrer Erwin Gäert-Mannheim wird aus dem kirchlichen Dienst entlassen mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens, sowie des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Zugleich wird ihm das Recht zur Vornahme von Amtshandlungen

Bemerkungen!

Nachdem sich die Systemparteien von dem Notverordnungsdruck erholt hatten, berieten sie sich in ihren Fraktionen. Währenddessen reden die Parteikorporationen im Haushaltsausschuß des Reichstages im Namen ihrer davongelaufenen Wähler, rennen gegen Brünnings Notverordnung an wie „anno Domini“ der tapfere Don Quixotte gegen gewisse Windmühlensüßel. Im Herzen nichts als Lüge, deshalb Lüge, weil sie ein Kabinett stützen und es heute noch tolerieren, das eine solche Politik macht.

Brennend bei den Fraktionssitzungen ist die Stellungnahme zur Reichstagsaufrufung. Die Wirtschaftspartei hat es wieder mal am eiligsten, trotzdem sie eigentlich nur noch über Abgeordnete verfügt (von denen ein Teil bei den Wahlen des Staatsanwaltes liegt), deren Wähler aber in einen kleinen Pferd gingen. Sie hat bereits beschlossen und ist in diesem Beschluß ihrem bekannten Charakter treu geblieben. Was herauskam ist Nanpe halb und halb. Die Notverordnung gefällt diesem Interessentenhaufen zwar nicht, doch den Scheid, den Reichstag einzuberufen, der dieser Notverordnung den Garaus machen könnte, diesen Scheid haben sie nicht. Wenigstens vorläufig noch nicht. Nach Weihnachten ist sie dafür, dann will sie auch Stellung nehmen zu der Gesamtpolitik des Kabinetts Brüning. Bis zur Einberufung wird das Schwache Herz dieses schwerkranken Parteikörpers noch heftig pochen. Man weiß, daß die Radikalkur im Hintergrund wartet, wobei zu befürchten ist, daß die Operation zugunsten des Volkes ausgeht, während der Interessentenhaufen dabei in ein besseres Jenseits entschwindet.

Die Deutsche Volkspartei hat sich endgültig entschlossen, für die sofortige Einberufung des Reichstags zu stimmen. Das Landvolk hat es leicht, es kann nummern, wo es in Folge des Beschlusses der Wirtschaftspartei genau weiß, daß im Versteckrat eine Mehrheit für die Einberufung nicht zustande kommen kann, mit ruhigem Gemissen für die Reichstagsaufrufung stimmen und dann vor ihre Wähler treten und sagen: „Seht, was wir für Kerle sind, wir sind für die Einberufung gewesen!“

Die SPD treibt ihre Tolerierungspolitik weiter und wird gegen die Einberufung stimmen. Somit ist der Zusammentritt des Reichstags vor Weihnachten dank der Charakterlosigkeit der Wirtschaftspartei und der Furcht der SPD vor Newohnen verhindert worden. Ihren Wählern gegenüber tut die SPD so, als müßte die Regierung unter allen Umständen den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung tragen. Doch soweit wir unterrichtet sind, wird Herr Brüning den Sozialdemokraten etwas hülten. Er wird aus dieser letzten Schlacht, in der es nach seiner Auffassung um die Entscheidung geht, keine Kräfte herausnehmen. Er weiß schelbar noch nicht, daß er die Schlacht in den Augen der Mehrheit des Volkes längst verloren hat, trotzdem Amerika über den 16. Dezember stillhalten und keine „goldenen Kugeln“ aus Europa abziehen will.

Herr Löbe, der die längste Zeit Reichstagspräsident gewesen sein dürfte, blüht zum Rückzug. Das Signal ist an alle sozialdemokratischen Gazetten weitergegeben und erwidert gedämpft durch die Lande. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Den Latschen ins Gesicht sehen“, gibt er den totalen Bankrott der sozialdemokratischen Regierungskräfte zu und fragt angstbührend nach dem Ausweg. Er weiß keinen mehr. Seine ganze Partei weiß keinen mehr, sie wird nur noch beherrscht von der Angst vor den Nationalsozialisten. Die Erkenntnisse, die Löbe in seinem Artikel der erstanten Mittelwelt offenbart, sind schallende Ohrfeigen gegen die selbstergebenen Weisheiten seiner Partei. Seine Einsicht kam mehr als spät. Sie wird weder der Partei noch dem Volke fruchten. Sie ist eine schreiende Selbstanklage, deren Urteil das erwachte Deutschland sprechen wird. Bei Philippri werden wir uns dazu treffen!

Warum erschießen sie sich denn eigentlich?

Man möchte so gern ein paar beschauliche Zellen über die Adventszeit schreiben, aber die Berliner Adventstimmung ist mies, soweit sie sich nicht in Berlin W. in den Marmorsälen des Zoo befindet, wo zu Schwester 9 (in Worten: neun) Kapellen konzentriert, was man sich billigstens für 8 RM beschaffen kann. Immer wieder wird man notgedrungen gezwungen, auf Dinge hinzuweisen, die sich in unserer Reichshauptstadt abspielen und die nicht sehr schön sind. Raum hat Herr Generaldirektor Schüring von der „Behala“ — selbstverständlich, wie sein Bestand mitteilt, mit der Ueberzeugung von seiner Unschuld — sein Lebenslicht eigenhändig ausgeblasen, da wird dieses Beispiel von dem Potsdamer Stadtbaurat Fischer nachgeahmt. Auch er hat, wie die schwarzrot-goldene Presse flugs feststellt — selbstverständlich — das Gefühl der eigenen Unschuld.

Die kirchliche Disziplinbehörde hat damit zum schärfsten Urteil gegriffen, das sie überhaupt fällen konnte.

Warum erschießen sie sich denn eigentlich?

Man möchte so gern ein paar beschauliche Zellen über die Adventszeit schreiben, aber die Berliner Adventstimmung ist mies, soweit sie sich nicht in Berlin W. in den Marmorsälen des Zoo befindet, wo zu Schwester 9 (in Worten: neun) Kapellen konzentriert, was man sich billigstens für 8 RM beschaffen kann. Immer wieder wird man notgedrungen gezwungen, auf Dinge hinzuweisen, die sich in unserer Reichshauptstadt abspielen und die nicht sehr schön sind. Raum hat Herr Generaldirektor Schüring von der „Behala“ — selbstverständlich, wie sein Bestand mitteilt, mit der Ueberzeugung von seiner Unschuld — sein Lebenslicht eigenhändig ausgeblasen, da wird dieses Beispiel von dem Potsdamer Stadtbaurat Fischer nachgeahmt. Auch er hat, wie die schwarzrot-goldene Presse flugs feststellt — selbstverständlich — das Gefühl der eigenen Unschuld.

Aber warum erschießen sie sich die Herrschaften, die doch wirklich keine materiellen Sorgen haben??

Sorgen auch dann nicht, wenn sie trotz ihrer Unschuld ihr Amt verlieren sollten. Warum erschießen sie sich denn eigentlich? Oder ist es doch nicht alles so himmelblau ordentlich wie man dem „souveränen“ Volk gern sagen möchte? Schon hört man wieder neue erbauliche Dinge, so ohne Namen, bei einem Berliner Hochbauamt münkeln? Es sollen dort Arbeiten in Auftrag gegeben sein, die erstens nicht nötig waren, zweitens nicht ausgeführt — aber doch bezahlt wurden? Es sollen auch die dreifachen Lohn- und Materialkosten berechnet und — auch bezahlt worden sein? Stimmt das nun oder stimmt das nicht? Was stimmt davon? Es wäre doch sehr angebracht, dem Steuerzahler darüber Aufklärung zu geben. Ob man wenigstens zu Weihnachten etwas über das Fest schreiben kann, oder sollen die Berliner unabhängig von einem Skandal in den anderen gesagt werden — was übrigens in anderen Städten des Reiches auch der Fall sein soll — um uns an die Qualität „Wellaufbauungsidealismus“ zu gemöhnen. —

Auf Nacht vom kanilchen England u kanilchen Staaten, Die Regie gabe diese hat troph unterdreit gelegt geben wo „Ich Seligenhe fungefellie stellung de Bewegung Die Im 5 Weltkriege „Der Im 5 Deutichlan Seit Prinzip, u die ein fo und damit So jung, I der An Das po stieren Stof, noch an eine G Schläden dem die „Der Ange deutcher Selbsterha Kampfe 6 wenig?ens zu befeit Ich g den 3 sonde Die Vere Verfallies Nationen Unfer Millionen der Welt Halben, I Kant, G was will zu rechle Klasse fr französisch kann? W darf sie f Entwicklu Reich? W der erste Sonntag, Wahlgang, Beho bleiben 5 Reichstag Antosperi r it der h aber lehnt. D worden. Die werden. an Hinde Kampf e Rettung Man

Die unterdrückte Rundfunkrede Hitlers — Die anglo-amerikanische Presse druckt sie trotzdem

Auf Einladung von Hearst sollte Adolf Hitler in der Nacht vom Freitag zum Samstag eine Rede vor der amerikanischen Öffentlichkeit halten, die mittels Fernsprecher bis England und von da durch drahtlose Telephonie auf den amerikanischen Rundfunk mit sämtlichen Sendern der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos übertragen werden sollte. Die Regierung Brüning hat im letzten Augenblick die Weitergabe dieser Rede verhindert. Die anglo-amerikanische Presse hat trotzdem die beabsichtigt gewesene Rede ihren Lesern unterbreitet. Die Rede, deren Text vereinbarungsgemäß festgelegt worden war, und auf deutsch und englisch durchgegeben werden sollte, hat folgenden Wortlaut:

„Ich möchte zuerst Mister Hearst für die mir gebotene Gelegenheit, durch die Hearst-Presse und die Columbia-Rundfunkgesellschaft dem amerikanischen Volk eine kurze Darstellung von Weg, Sinn und Zweck der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu geben, meinen Dank aussprechen.“

Die nationalsozialistische Bewegung ist heute die größte politische Partei Deutschlands.

Im Jahre 1919, wenige Monate nach Beendigung des Weltkrieges, gründeten ein paar Männer und ich eine kleinen

politischen Verein, der zunächst nur 7 Köpfe umfasste. Unter uns befand sich kein prominenter Name, der im politischen Leben bisher irgendeine Rolle gespielt hätte.

Ein Jahr später betrug die Mitgliederzahl 64 Männer und Frauen. Wieder ein Jahr später 3070, ein Jahr später 7000, 1923 erreichte die Partei rund 30 000 Mitglieder.

Nach einer kurzen Periode der Verfolgungen und Bedrückungen trat sie erneut unter meiner Führung ins Leben und zählte schon 1927 über 70 000 Mitglieder, 1930 aber 6½ Millionen Wähler, und heute ist sie unbestritten die größte Partei Deutschlands mit einer Wählerschaft von 14 bis 15 Millionen.

Ein unerhörter Siegeszug, wie die deutsche politische Geschichte keinen zweiten ähnlichen aufzuweisen vermag! Die Gründe für diese enorme Entwicklung sind folgende:

Im Jahre 1918 erlebte das deutsche Volk den schwersten und entsetzlichsten Zusammenbruch aller Zeiten. Alle bestehenden politischen Parteien waren mehr oder weniger für diese Katastrophe mit verantwortlich. Es schien mir notwendig, daß eine neue Partei aus den jungen Generationen gebildet würde, die sowohl dem deutschen Volke als auch der Welt gegenüber mit nichts befaßt sein konnte.

„Der Sieg des Kommunismus in Deutschland würde der Anfang einer Weltkatastrophe sein!“

Im Augenblick der Gründung unserer Bewegung stand Deutschland zum ersten Male am Rande des Bolschewismus. Seit diesem Tage verfolgt die Bewegung als oberstes Prinzip, unter keinen Umständen eine Entwicklung zuzulassen, die ein so großes Volk wie das deutsche dem Bolschewismus und damit der kulturlosen Barbarei ausliefern würde.

So wie heute, waren wir schon vor 12 Jahren überzeugt, daß der Sieg des Kommunismus in Deutschland der Anfang der allgemeinen Weltkatastrophe sein würde. Das politische, kulturelle und ökonomische Leben der zivilisierten Nationen ist miteinander so verflochten, daß ein Stoß gegen Deutschland gerichtet, sich unweigerlich sofort nach außen hin fortsetzen müßte. Alle Hoffnungen auf eine Genesung der Welt von den heutigen Leiden und Schäden müßten in dem Moment begraben werden, in dem die rote Sowjefahne von Moskau bis nach Hamburg

und Heißelberg getragen würde. Die Folgen wären für die Welt nicht auszudenken.

Der Kampf gegen diese Gefahr ist ein ungeheurer und schwerer. Die durch einen unvernünftigen Haß diktierte politische und wirtschaftliche Behandlung Deutschlands seit dem Diktat von Versailles hat es zuwege gebracht, bei uns über 6 Millionen erwachsene Kommunisten zu erzeugen, die sich selbst als Avantgarde der Weltrevolution von Moskau erklären. In Amerika ist der Kommunismus noch verhältnismäßig unbedeutend. Würde Amerika heute im selben Prozenttag 12 Millionen Kommunisten zählen, mit den gleichen Tendenzen und denselben Zielen, dann würde man die Notwendigkeit unserer Bewegung, den Kampf gegen diese Weltpest mit äußerster Entschlossenheit aufzunehmen, verstehen.

„Der französische Imperialismus ist nach Moskau die größte Weltgefahr!“

Ungeachtet dieser ungeheuren Gefahr möchte ich als deutscher Nationalsozialist hoffen, daß aus einem innersten Selbsthaltungstrieb heraus auch durch Amerika unserem Kampfe Sympathie entgegengebracht wird, indem man hilft, wenigstens einen Teil der Ursachen des Bolschewismus mit zu beseitigen.

Ich glaube als Nationalsozialist, daß es nicht genügt, den Krieg nur auf den Schlachtfeldern zu liquidieren, sondern daß er auch aus dem täglichen Leben der Völker verschwinden muß.

Die Verewigung des Krieges durch den Vertrag von Versailles führt zu einer Zerlegung der Solidarität der Nationen und damit zur Weltrevolution.

Unsere Bewegung vertritt die Jugend eines 70-Millionen-Volkes, dessen Bedeutung für die allgemeine Kultur der Welt allein durch Namen wie Albrecht Dürer, Hans Holbein, Bach, Händel, Beethoven, Mozart, Schubert, Wagner, Kant, Goethe, Schiller, Schopenhauer usw. bewiesen ist. Für was will man uns verantwortlich machen, um eine Behandlung zu rechtfertigen, die uns für immer zu einer Nation zweiter Klasse stempelt und unter Umständen morgen schon wieder französische Negere als Besatzungstruppen zum Rhein bringen kann? Wenn die Welt eine solche Degradierung deckt, dann darf sie sich auch nicht wundern, wenn am Ende einer solchen Entwicklung das Gespenst des Bolschewismus steht.

Ich kenne den Krieg.

Meine Bewegung will den Frieden für Deutschland, den Frieden für Europa.

Wir verstehen daher auch nicht, daß durch die Tyrannei der französischen Rüstungen in Europa und in der Welt keine Ruhe einkehren soll.

Der französische Militarismus bildet, zusammen mit dem russischen Bolschewismus, heute eine der größten Gefahren für die ruhige Entwicklung der Menschheit.

Meine Bewegung erkennt jede, von Kaufmann zu Kaufmann gemachte private Schuldverpflichtung an. Das Recht aber, ein Volk aus politischen Gründen für unabsehbare Zeiten mit Tributen zu belasten und dadurch zum Dauerbankrotteur zu machen, wird die nationalsozialistische Bewegung niemals anerkennen.

Meine Partei ist nicht eine Bewegung der Verzweiflung, sondern eine Bewegung der Hoffnung. Wir glauben, daß wir auf streng legalen Wege die Macht in Deutschland erobern werden. Unsere Parole wird dann heißen: Der Welt geben wir, was wir ihr gerechterweise schuldig sind, dem deutschen Volke aber sichern wir, was es als souveränes Volk zum Leben braucht. Wir wollen nichts anderes als eine Monroe doctrine für alle deutschen Männer, Frauen und Kinder unter dem Motto: Deutschland den Deutschen!

Sind das niedrige Gehälter?

Die Entrüstung weitester Kreise des deutschen Volkes über das tägliche Rundfunkprogramm wird von Tag zu Tag größer und man sehnt sich danach, daß bald eine durchgreifende Aenderung eintritt, was natürlich erst nach Erreifen der Macht durch den Nationalsozialismus möglich ist. Noch größer aber ist

die Empörung über die Rundfunk-Gewaltigen,

deren Leistungen im umgekehrten Verhältnis zu ihren Gehältern stehen. Diese sind von geradezu ungeheuerlichem Ausmaß und übertreffen z. B. das des deutschen Reichskanzlers. Greifen wir einmal einige Gehälter heraus:

Der Rundfunkkommissar, Staatssekretär a. D. Bredow	über RM 100 000.—
Die Direktoren Magnus und Giesecke	„ 80 000.—
Der Leiter der Berliner Funkstunde Knäpcke	RM 80 000.— bis „ 100 000.—
Der Intendant der Berl. Funkstunde Fleisch	„ 60 000.—
Alfred Braun	„ 48 000.—
Bronsgesst	„ 48 000.—
(dazu kommen noch die sog. Spiegelgelber für Tätigkeit am Mikrophon)	
Der Kölner Intendant Hardt	„ 60 000.—
Der Hamburger Intendant Bodenstedt	„ 80 000.—

Alle Rundfunkgewaltigen haben demnach wesentlich höhere Gehälter als die Reichsminister, ja zum Teil das Doppelte und dreifache.

Nun wendet sich gegen den Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums gegen diese in einem Berliner Monatsblatt verbreitete Aufstellung. Die betr. Gehälter seien ebenso wie die der Reichsbeamten mehrmals gekürzt worden. Die leitenden Angestellten hätten freiwillig in eine höhere Kürzung ihrer Bezüge eingewilligt als gesetzlich vorgeschrieben sei. Im Monat November sei eine allgemeine Angleichung der Gehälter an die der Reichsbeamten durchgeführt worden. Die Bestimmung, daß nach der Notverordnung für leitende Personlichkeiten keine höheren Gehälter als die der Reichsminister gezahlt werden dürfen, sei eingehalten worden. Allerdings sei eine Auszahlung von Gewinnbeteiligung zulässig, doch sei dieser Betrag sehr gering. Hinzukomme noch, daß die Beamten pensionsberechtigt seien und zum Ausgleich erhalten die Rundfunkangestellten einen Versorgungszuschlag in Höhe von 4,5 Prozent des Gehalts mit Ausnahme derjenigen Personen, die Spitzgehälter erhalten.

Uns will es scheinen, als ob die obengenannten Gehälter, die noch bis 1930 diese Höhe hatten, selbst dann noch viel zu hoch wären, wenn man sie um 50 Prozent herabsetzen würde. Auf jeden Fall kann das deutsche Volk es nicht verstehen, daß von seinem Gelde derartige Stellen übermäßig hoch bezahlt werden.

Fängt's an zu dämmern?

Die Brikettgrossisten gegen Ignaz Pelsched

Der Schutverband der Brikettgrossisten im Bereich des Oberrheinischen Braunkohlenbriketts hat sich jetzt mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt, um ein Eingreifen der Reichsregierung gegen die monopolähnliche Herrschaft des tschechoslowakischen Staatsangehörigen Ignaz Pelsched im Oberrheinischen Braunkohlenbrikett herbeizuführen. Ignaz Pelsched, der Schwiegerohn des Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Nikolaus Caro, Berlin-Grünwald, Hohenzollernbarrn 97, und Freund des rühmlichbekannten Herrn Generaldirektor Ludwig Kahneisenbogen, Berlin, Koonstr. 6, dürfte bei der augenblicklichen schwarz-rot-goldenen Weltanschauungsrealistischen Majorität nicht allzu großen Schaden erleiden. Wir wünschen den Brikettgrossisten von Herzen Erfolg! Glauben können wir zwar nicht daran, solange der Zionistenführer Oscar Wassermann, der als „geheimer Diktator“ bezeichnet wird, seine internationalen Schachzüge durch unser großes deutsches Bankinstitut ungestört, gemäß den zionistischen Protokollen: „In unserer Zeit, wo die echt Freisinnigen die Beherrscher des Staates sind, ist allein die Macht des Geldes maßgebend,“ ausführen kann.

Reichspräsidentenwahl schon am 13. März!

Wie soeben im Reichsministerium bestimmt worden ist, soll der erste Wahlgang für die Präsidentschaftswahl schon am Sonntag, den 13. März stattfinden und für den zweiten Wahlgang ist Sonntag, der 10. April in Aussicht genommen. Bekanntlich wünschen gewisse Kreise ein weiteres Verbleiben Hindenburgs im Amt. Man hatte gehofft, daß im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für eine Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs vorhanden sein würde, wie das f. B. r. t. der Amtszeit Eberts der Fall war. Der Reichspräsident hat aber auf das Bestimmteste ein solches Ansinnen abgelehnt. Daher ist eine Ausschreibung der Wahlen nötig geworden.

Die Kandidatenfrage wird also schon sehr bald akut werden. Schon erdreißigt sich die jüdische „B. Z. am Mittag“, an Hindenburg den Wunsch heranzutragen, sich auch „in diesem Kampf einer Front zur Verfügung zu stellen, deren Ziel die Rettung vor dem bolschewistischen Chaos ist.“ Man kann also auf allerhand g'spöht sein!

Notverordnung und Wirtschaft

Groß ist bereits die Erregung über die neue Notverordnung, vor allem in Wirtschaftskreisen. Sie wird noch größer und damit der Regierung Brüning zum Verhängnis werden, wenn sie einige Zeit in Kraft und damit die deutsche Wirtschaft gertrümmert sein wird. Sehen wir uns die neuen Ursachen an.

Der Lohnabbau ist der Ausgangspunkt der Katastrophe!

Er ist wirkungslos, selbst wenn alle Presse um 10 Prozent gesenkt werden, ganz abgesehen von der Einseitigkeit des Lohnabbaus, der wieder einmal die Einzelverträge, also sämtliche festen Gehälter der Industrie-, Bank- und Geschäftsbereichen ungeschoren läßt. Und gerade hier wäre so mancher Betrag zum Wohle der Allgemeinheit herauszuholen. Dem Lohnabbau bei der ohnehin notleidenden Masse steht nur ein Preisabbau bei den ohnehin überbewerteten Markenwaren, bei industriellen Rohstoffen und bei Mieten gegenüber. Da der

Werkstätige seinen Lohn nicht allein für Mieten und Markenwaren ausgibt, da sich andererseits die Preise der Industrie nicht allein aus Löhnen und gesenkten Rohstoffen, sondern auch aus den keiner Preissenkung unterworfenen Halbfabrikaten zusammensetzen, öffnet sich bereits hier der Zirkel.

Die Preissenkung soll die Rechtfertigung für die Lohnsenkung darstellen, aber die Lohnsenkung hat viel stärkere Ausmaße und wird viel zwingender durchgeführt. Während die Kartellpreise, die doch sicher am stärksten gesenkt werden, gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 nur um 10% herabgesetzt werden sollen, wird die Senkung der Löhne gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 durchschnittlich 15% betragen. Die Löhne, die seit 1. Juli bereits herabgesetzt worden sind, werden abermals um durchschnittlich 10% gekürzt werden. Die Kürzung wird dadurch herbeigeführt, daß ein „einmaliger“ Eingriff in die Tarifverträge stattfinden wird und ab 1. Januar in die laufenden Tarif-



Der Notverordnung entsprechend

haben wir unsere Preise ab 1. Juli 1931 ohne Rücksicht auf die Selbstkosten

bis zu 20% herabgesetzt

Dies zeigen Ihnen unsere Schaufenster-Auslagen

Mannheim Carl Fritz-Gie Breitestr. H1.8.

verträge die neuen Löhne eingesetzt werden. Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit, daß auch die Senkung der Beamtengehälter seinerzeit als einmaliger Eingriff bezeichnet wurde — und heute findet bereits eine neue Kürzung der Beamtengehälter statt.

Die Lohnsenkung ist nicht nur ein Angriff auf das

Preissenkung und ihre Folgen

Aus propagandistischen Gründen ist die Preissenkung an die Spitze der neuen Notverordnung gestellt worden. In der Auswirkung wird die Lohnsenkung deutlicher zu spüren sein. Die gebundenen Preise (Kartellpreise und Preise für Markenartikel) sollen ab 1. Januar 1932 um 10 % gesenkt werden. Ausgenommen sind die Preise, die durch internationale Kartelle festgelegt sind (1). Während die Lohnsenkung durch staatliche Abänderung der Tarifverträge erzwungen wird, werden die Kartellpreise nicht staat-

Einkommen der Arbeiter, sie ist auch ein Eingriff in ihre vertraglich gesicherten Rechte.

Es ist ein weiterer Angriff auf das Tarifvertragsrecht, daß in geeigneten Fällen die Möglichkeit geschaffen werden soll, eine vorübergehende besondere Notlage einzelner Betriebe „angemessen zu berücksichtigen.“

lich festgesetzt. Es ist nur die Bestimmung getroffen, daß die Preisvereinbarungen nichtig sind, wenn nicht mindestens eine Senkung von 10 % gegenüber dem Stand vom 1. Juli stattfindet.

Für die Preise auf dem freien Markt ist auch eine Senkung vorgesehen, die durch den neu geschaffenen „Reichskommissar für Preisüberwachung“ herbeigeführt werden soll. Warten wir ab, was er erreichen wird.

Der lachende Dritte

Was wäre denn in Wirklichkeit gebessert, wenn tatsächlich — was nie eintritt — die Preise im gleichen Prozentsatz wie die Kürzungen am Verdienst abgebaut würden? Nichts, gar nichts! Die Not, mit ihr das Schwelgen der Konsumkraft und damit auch der fortschreitende Bankrott der Wirtschaftswelt würde anhalten. Selbst der heute noch arbeitende und frohrende deutsche Mensch kann mit seinem kümmerlichen Verdienst ja nur das Notwendigste bestreiten. Nach den neuen Belastungen nicht einmal das, auch wenn die Preise heruntergingen. Ein anderer ist wiederum der Nutznießer der beschriebenen Preissenkung, die sich dadurch zur Preiskatastrophe auswirkt: das internationale Finanzkapital.

Gestützt auf ihre Devisen werden ausländische Einkäufer den deutschen Markt abgrafen und wie in der Inflation gleich Drogen auf dem Schlachtfeld, die Leiche der deutschen Wirtschaft fressen. Deutschland muß unachtsamlich die hohen Preise der ausländischen Waren bezahlen, der Wert der Ausfuhr sinkt jedoch entsprechend den Inlandspreisen. Die Ware wird skrotiert, verschleudert. Alleiniger Nutznießer ist das Finanzkapital mit seinen internationalen Trusts und Konzernen, die jetzt schon wieder zum Schlage ausholen. Das ist die Folge dieser Wirtschaftspolitik, die den letzten Rest unserer Werte vernichtet.

Und die Landwirtschaft?

Was nützt der Landwirtschaft eine Senkung der Kartellpreise um 10 Prozent, wenn sie ihre Erzeugnisse überhaupt nicht verkaufen kann, weil nach wie vor ausländische Lebensmittel zu Schleuderpreisen auf den deutschen Markt gelassen werden? Was nützt der Landwirtschaft eine bedingte Zulassung der Zwangsversteigerungen, wenn die nur minimal gesenkten Zinsen untragbar bleiben und verhindern, daß der Bauer aus eigener Kraft den für die Selbstversorgung Deutschlands so notwendigen Ausbau seines Bestandes vornimmt. Was endlich dem Reich ein auf dem Papier ausgeglichener Haushalt, wenn gerade jene Ädern der Volkswirtschaft durchschnitten werden, die für Erzeugung, Verbrauch, und damit wieder für die öffentlichen Finanzen fruchtbar wirken.

Deflationpolitik

Der Sinn all dieser Maßnahmen ist die Steigerung der Kaufkraft des Geldes. Mit der gleichen Summe Geld sollen mehr Waren, mehr Arbeitskraft, mehr Beamte bezahlt werden können. Würde es der Regierung Brünning gelingen, die Waren zu verbilligen, ohne die Löhne zu senken, so würde sich die Kaufkraft des Volkes steigern und eine Belebung der deutschen Wirtschaft stattfinden können.

Wenn durch staatliche Maßnahmen der Wert des Geldes künstlich in die Höhe getrieben wird, so ist es eine Forderung primitivster Gerechtigkeit, daß die ausgenommenen Geldschulden künstlich herabgesetzt werden. Eine Firma, die tausend RM aufgenommen hat, um zehn Zentner Waren einzukaufen, muß heute mindestens zweihundert Zentner der gleichen Ware verkaufen, um diese tausend RM zurückzahlen zu können, weil unterdessen durch staatliche Maßnahmen der Wert des Geldes in die Höhe getrieben und der Wert der Waren herabgesetzt worden ist. Demso steht es mit den Zinsverpflichtungen. Die Zinsverpflichtungen, die ein Betrieb vor einem Jahre übernommen hat, drücken sich heute noch in der gleichen Summe Geldes aus. Aber dieses Geld ist durch die staatlichen Eingriffe künstlich im Wert gesteigert worden, folglich muß der Betrieb heute mehr Zinsen zahlen als früher. Die Erhöhung des Geldwertes wäre also nur ein Raubzug zugunsten des Leihkapitals, wenn nicht im gleichen Ausmaß die Zinsen herabgesetzt werden. Im letzten Jahre ist aber der Lebenshaltungsinde durch die deflationistischen Maßnahmen der Regierung bereits von 156 auf 131 herabgesunken, der Wert des Geldes hat sich also von 100 auf 120 gesteigert, und nun soll eine weitere künstliche Steigerung des Geldwertes

Durch die reine Deflationpolitik aber wird man die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, sondern verschärfen.

Je mehr der Geldwert steigt, umso mehr wird die Wirtschaft zum Erliegen kommen. Die Geschäftsleute, die teuer eingekauft haben, müssen billig verkaufen. Das gilt ebenso für die arbeitenden Betriebe. Sie mußten produzieren, als das Geld wenig wert war und Arbeit und Rohstoffe viel wert waren. Sie müssen verkaufen, wenn das Geld mehr wert ist und die Waren weniger wert sind. Dadurch werden die Betriebe in den Bankrott getrieben, genau wie der kleine Geschäftsmann, der auf seinem teuer eingekauften Warenlager sitzen bleibt.



„Wir sprengen die Ketten — wir machen uns frei!“

Zinssenkung?!

herbeigeführt werden. Wenn der Zins für langfristige Anleihen von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt wird, so ist das also durchaus

keine Lastsenkung, sondern nur eine Anpassung der Zinsverpflichtungen an den veränderten Geldwert.

Wenn der Nationalsozialismus seit Jahren eine Herabsetzung der Zinsen verlangt, so verlangt er damit eine Erleichterung der Belastung. Die Regierung Brüning legt die Lasten nur nominell herunter und läßt sie in Wirklichkeit in der gleichen Höhe bestehen. Das hat nichts mit der nationalsozialistischen Forderung zu tun und wird keinerlei Erfolg haben. Wir nehmen aber schmerzhaft zur Kenntnis, daß die Regierung Brüning von Staatswegen Festsetzungen über die Höhe des Zinses vornimmt. Bisher hat man eine solche Maßnahme als undurchführbar bezeichnet und die nationalsozialistische Forderung mit den schärfsten Worten verurteilt (volkswirtschaftliche Ignoranz und Idiotismus waren die mildesten Ausdrücke).

Die Zinsen für Auslandsschulden werden übrigens nicht gesenkt!

Steuererhöhung

Die Umsatzsteuer wird von 0,85 auf 2 % erhöht werden. Das bedeutet eine neue Belastung der deutschen Wirtschaft von ungefähr einer Million RM. Eine Ware, die auf dem Weg vom Erzeuger zum Verbraucher dreimal umgekehrt wird, verteuert sich also allein durch die Umsatzsteuer um 6 % (bevorzugt werden durch diese Steuer die Warenhäuser und vertikal organisierten Konzerne, bei denen der Umsatz von einer Fabrik zur andern oder von der Fabrik zum Großhändler oder vom Großhändler zum Einzelhändler innerhalb des Betriebes erfolgt und von der Steuer nicht erfaßt wird). Wenn auch die Umsatzsteuer für die Warenhäuser auf 2,5 % festgesetzt ist, so sind sie doch noch gegenüber den Einzelhändlern bevorzugt, bei denen durch die Umsatzsteuer eine Verteuerung der Ware um 4, 6, 8 und 10 % stattfindet.

Diese Steuerbelastung ist ein wunderbares Gegenstück zur Preissenkungsaktion!

Dafür wird die Mineralwassersteuer aufgehoben, die fast überhaupt keinen Ertrag geliefert hat. Also: Trinkt Mineralwasser! Was bleibt auch sonst noch dieser Notverordnung übrig?

Politiker fein heißt:

Den Gang der Entwicklung voraussehen

Wenn sich der Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich den Vorwurf mangelnder Voraussicht verbitte, so weiß jeder, was er davon zu halten hat. Dietrich fragte uns, ob wir den Bankenkrieg, den Sturz des englischen Pfundes und die autarkischen Bestrebungen des Auslandes vorausahnen? Wir können mit einem ehrlichen „Ja“ antworten; für Dietrich bleibt es indessen ein Manko, daß er als Finanzminister nichts gegen die dem Bankenkrieg vorausgegangenem Kreditabzug unternahm, daß er heute noch an der Geldmährung festhält und dadurch die deutsche Wirtschaft noch mehr den Angriffen des Auslandes preisgibt.

Großartig wie wir einmal sind, wollen wir Dietrich heute schon darauf aufmerksam machen, daß der französische Staat mit den Deutschen erpresst und der Reichskasse fehlenden Milliarden die einer eigenen Krise ausgelegte französische Industrie stützt, daß ferner in Desterreich auf jedem Finanz- und verkehrspolitisch wichtigen Posten bereits ein von Frankreich gestellter oder vorgegebener „Auffächermann“ sitzt, und daß endlich die Großbankiers in Deutschland tolle Fusions- und Gewinnpläne im Kopf haben, über die wir uns jedoch wegen ihrer gewissen Verordnungen nicht aussprechen dürfen.

Vielleicht genügen Ihnen diese Andeutungen, Herr Reichsfinanzminister, oder sind Sie vielleicht doch der Ansicht, daß es besser wäre, den umflüchtigeren Nationalsozialisten die Vorwegnahme gegen kommende Gefahren zu überlassen?

Die sozialen Wahlen werden um ein Jahr verschoben?

In dem „Weihnachtsgeheim“ der Regierung ist ein kleiner Pöpsel versteckt, der bisher noch keine Beachtung gefunden hat, aber von der allgeröchelten Bedeutung ist. Das Kapitel 2 des 6. Teiles lautet folgendermaßen:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Amtsdauer derjenigen Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschafts- und des Schwerbeschädigtengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, um einen Zeitraum bis zu einem Jahr zu verlängern.“

Dadurch wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, die jährlich stattfindenden Betriebsrätewahlen zu verschieben, sondern auch die Krankenkassenwahlen, die seit 1927 zum ersten Mal wieder in diesem Frühjahr fällig waren. Zweifellos wären bei allen diesen Wahlen die roten und schwarzen Funktionäre zum größten Teil aus ihren Sesseln vertrieben und durch Nationalsozialisten ersetzt worden. Man täuscht sich wohl nicht in der Annahme, daß die Rettung all dieser marxistischen Bonzen der Preis war, für den die Regierung Brüning sich die weitere Tolerierung durch die Sozialdemokratie erkaufte hat.

beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Niemand wird diesen unerhörten Strafantrag begreifen. Selbst der amtierende Richter mag darüber erschrocken sein, denn das Gericht sprach Vg. Stadtrat Störz von der Anklage frei

und betonte ausdrücklich, daß der Angeklagte alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um die Gesetze des Staates zu erfüllen, ja, daß er darüber hinaus aus eigenem Antrieb dem Geiste der Notverordnung entgegenkam, indem er der Möglichkeit eines Konfliktes aus dem Wege ging. Der Vorsitzende hob ferner den tadellosen Reumund des Vg. Störz hervor und stellte fest, daß er noch nicht vorbestraft sei. Aus all den Gründen müsse man zu einem Freispruch kommen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Aus dieser Anklage war wieder einmal deutlich zu erkennen, mit welcher Schärfe man gegen uns Nationalsozialisten, selbst bei nur scheinbaren Vergehen, zu Felde zieht. Gott sei Dank gibt es noch deutsche Richter, denen die Bande der Justitia nicht verrückt ist und die Schein und Sein zu unterscheiden vermögen, die vor allem aber die Lausachen zu würdigen sich angelegen sein lassen, wenn eigene Initiative unfeiler Führer alles daran setzen, einen Zusammenstoß zu vermeiden und den Verordnungen des Staates gerecht zu werden.

Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner

Seht, welch' ein Prozeß!

Vg. Stadtrat Störz freigesprochen

Vg. Stadtrat Störz war angeklagt, weil er bei unserem Wörzheimler SA-Treffen am 5. Juli d. Js. mit einem Lastkraftwagen und einem Anhänger, der 150 uniformierte SA-Leute nach Wörzheim brachte, angeblich keine Durchfahrts-genehmigung durch die Amtsbezirke Karlsruhe und Wörzheim eingeholt hätte. Schon diese Anklageformulierung war insofern nicht zureichend, als Vg. Störz sehr wohl um die Genehmigung nachgesucht hatte, allerdings nach Auffassung der zuständigen Polizeidirektionen zu spät. Da man es mit solchen Dingen bei den Nationalsozialisten haarscharf nimmt, mußte Vg. Störz am 11. Dezember vor dem Karlsruher Amtsgericht erscheinen. Hier stellte sich nun einwandfrei heraus, daß Vg. Störz bei der Rückfahrt von Wörzheim keine Fahrtroute ausdrücklich vom Herrn Polizeirat Weigel aus Wörzheim genehmigt bekam, und zwar sowohl für den Wörzheimler als auch für den Karlsruher Bezirk. Daß Polizeirat Weigel für die Genehmigung durch den Karlsruher Bezirk

nicht zuständig war, beweist nur, daß sich selbst leitende Polizeibeamte in dem Wust der Notverordnungen nicht mehr zurechtfinden. Wie kann man da verlangen, daß sie ein einfacher SA-Führer, der zudem noch Arbeiter ist, kennen soll! Vg. Störz hat aber aus eigener und wohlüberlegter Initiative noch ein Abriß getan, um ja nicht in Konflikt mit der Verordnung vom 28. März 1931 (Bekämpfung politischer Ausschreitungen) zu kommen. Er fuhr nämlich mit den beiden Lastkraftwagen nicht den durch Bruchsal vorgeschriebenen Weg, weil er unterwegs erfuhr, daß in Bruchsal an diesem Tage ein großes kommunistisches Treffen stattfand, um jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes zu vermeiden. Weil dieser „Nazi-Prozessor“ bemut und überlegt als vernünftig denkender Mensch und friedliebender Staatsbürger noch über die Vorfrage der Behörde hinausging, um in jeder Weise dem Geiste der Notverordnung gerecht zu werden.

Größt

Auch die daß jeder Le vergebens n letzten Jahrs heim vordr Angst zu tu nichts genügt Deshalb änd Mittel, die die Bewegung Die Na nationalsozial kreuzbanner“ sozialisten bef in das Hau adressiertes B Betreffende in dieser Briefe, Freund!“ M Briefes strog mus; die Fi aber alles wif gewinnen fol brecher. Wt Lesern nicht i

In de und Ihre S Sonett ich glauben. S mit aufricht gefinde! Ge Sie übrigen unterzogen? Spiel dieser nicht, daß i losenunterf saudere Mündchener werden vie des SS. das Blut a arbeiter daß Sie k können, übe Für Sie r mithelfen, wo M

Die Nagp und hat u empfohlen, Ihnen gar vielleicht a Seite die

Der leht Ich würde lisen.“ Stam lagschef entw haupten tun r Aber jed kann, der n hat“ und wo die 1 geht ein den A

Sie wollen dem sie 13 keine Rolle!

19. und 20. S Samstag, 1 14.30 U Jack, W Kaffee, 20.30 U Mit m splerier Frau 2 Herr C SA. C NS. D selu, R Parteil Eintritt

Groß-Mannheim

Die mit dem „sauberen Brusttuch!“ Erbärmliche Methoden der Mannheimer Nazis

Auch die Mannheimer Nazis haben einsehen müssen, daß jeder Terror, den sie bislang zur Anwendung brachten, vergebens war. Trotz der ungeheuerlichsten Terrorakte in den letzten Jahren ist die nationalsozialistische Bewegung in Mannheim vorwärts gekommen, sodaß es die Nazis mit der Angst zu tun bekommen. Man hat erkannt, daß der Terror nichts genügt hat und die Bewegung immer größer wurde. Deshalb änderte man die Taktik und versucht mit anderen Mitteln, die aber genau so gemein sind, zu verhindern, daß die Bewegung vorwärts schreitet.

Die Nazis passen scheinbar genau auf, wer mit der nationalsozialistischen Bewegung sympathisiert, ob er das „Hakenkreuzbanner“ liebt, oder eine Versammlung der Nationalsozialisten besucht. Schnell ist man dann bei der Hand und in das Haus wandert ein feil säuberlich, ganz persönlich adressiertes Brieflein, mit dem man verhindern will, daß der Betreffende in die Partei eintritt. Vor uns liegt eine Anzahl dieser Briefe, die sinnvoll unterschrieben sind mit „Ein guter Freund!“ Also echte jüdische Manieren! Der Inhalt dieses Briefes strotzt von Gemeinheiten gegen den Nationalsozialismus; die Führer der Bewegung werden gemein beschimpft, aber alles mit der bewußten Absicht, daß der Leser den Eindruck gewinnen soll, als seien die Nationalsozialisten alle Verbrecher. Wir wollen den Inhalt eines solchen Briefes unseren Lesern nicht vorenthalten. Es heißt darin:

In der Nachbarschaft geht das Gerücht um, daß Sie und Ihre Frau eingeschriebene Mitglieder der Hitlerpartei seien. Soweit ich Sie kenne, kann ich das aufs eifrigste nicht glauben. Sollte es aber trotzdem zutreffen, so würden Sie mir aufrichtig leid tun, denn wer diesem Mord- und Verbrechen-geheimnis Gefolgschaft leistet, ist Ihnen gleich zu achten. Haben Sie übrigens schon einmal das Naziprogramm einem Studium unterzogen? Konnten Sie bei der Gelegenheit das Doppelspiel dieser Banditen nicht beobachten? Glauben Sie ja nicht, daß Sie im „Dritten Reich“ Arbeit oder gar Arbeitslosenunterstützung bekommen. Im „Dritten Reich“ wird das saubere Brusttuch keine Rolle spielen. Feinmänner, Mähdreher und Röhlinge werden uns registern und Sie werden vielleicht mit Schaufel und Hacke unter Aufsicht des SS- und SA-Beliebs Dienstpflicht tun, daß Ihnen das Blut von den Fingern läuft. Leider sind Sie durch die arbeiterfeindliche Zeitung, die Sie lesen, so weit, daß Sie Wahrheit von Schwindel nicht mehr unterscheiden können, überhaupt jeden Schwindel als bare Münze hinnehmen. Für Sie wäre es Zeit, daß Sie sich umstellen und dort mitheifen,

wo Männer leben, die das ehrliche Bestreben haben, menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Die Nazi-Partei will doch von dem gerade das Gegenteil und hat uns bis jetzt schon sehr viel geschadet. Ich würde Ihnen empfehlen, ab und zu eine Volksstimme zu lesen. Mute Ihnen gar nicht zu, alles zu glauben, weil Sie nach und nach, vielleicht auch sehr schnell herausfinden werden, auf welcher Seite die Schwindler und Gauner sitzen.

Ein guter Freund.

Der letzte Satz verrät den Absender, wenn es darin heißt: „Ich würde Ihnen empfehlen, ab und zu eine Volksstimme zu lesen.“ Stammen diese Briefe etwa von R 3, 14, vom Verlagschef entworfen? Das soll aber nur eine Frage sein, behaupten wir es nicht!

Aber jeder, der noch seine fünf Sinne besitzt und denken kann, der weiß, wer „ein sauberes Brusttuch an hat“ und

wo die Betrüger zu suchen sind, die über ein Jahrzehnt ein Volk belogen und betrogen haben und an den Abgrund ihres Verderbens geführt haben.

Sie wollen erst „menschenwürdige Zustände“ schaffen, nachdem Sie 13 Jahre registriert haben, ob direkt oder indirekt, spielt keine Rolle!

Aber auch diese Methoden werden nicht verhindern, daß heute die Massen zu uns strömen und erkennen werden, wie schamhaft sie von einer Partei betrogen wurden, die vorgibt, die einzige Arbeiterpartei zu sein und die „Freiheit“ des deutschen Volkes will, während sie das Volk in Not und Elend geführt hat!

Diese „Mittelchen“ der Sozialdemokraten beweisen nur, daß auch Mannheims Bevölkerung den Weg zu uns finden wird.

Tietz vor dem Arbeitsgericht

„Leonhard Tietz, nur Du allein, sollst stets das Haus meiner Träume sein...“

So dachte sich auch der ehem. Angestellte R. Kr. des Warenhauses Tietz in Ludwigshafen, der seit Eröffnung jener Filiale dort als fleißiger, rechtschaffener Arbeiter tätig war, dann aber am 27. Oktober 1931 einer Denunziation des Hauspächters „Kehr“ zum Opfer fiel. Am 30. Oktober erhielt Kr. die Kündigung und flog hochtrant aus diesem „sachlichen“ Judentempel hinaus! Aber wie gelang, das war für Kr. eine große Ehre und er freute sich nicht wenig. Nicht aus Dankbarkeit, sondern im Verfolg des Naturgesetzes, daß Druck immer Gegendruck erzeugt, begab er sich nach dem Arbeitsgericht, um dort Abrechnung zu halten. Als am vergangenen Freitag der erste Prozeß stieg, stieg auch begrifflichweise die Nervosität bei den Vertretern der Firma Tietz. Hatten sie etwa gerahmt, daß im Saale die Vertreter von vier Zeitungen anwesend waren? Aber Kr. packte aus — er hat ein reichhaltiges Beweismaterial zur Hand — und geißelte in einem Vortrag die überflüssigen Rationalisierungsmaßnahmen, sowie die Durchführung einer sog. Ueberstundenkonkurrenz. Da bekam die Expedition vergangenen Samstag in der ersten halben Stunde nach den Weihnachtsfeiertagen die Kündigung, gleichsam als Quittung für ihre meist geleistete Arbeit in der Vorweihnachtszeit! Da hatte einer der Kollegen geheiratet, er brauchte keine Sorge mehr zu haben, jemals wieder in den Schoß des Warenhauses aufgenommen zu werden. Da stieg beispielsweise die wöchentliche Auslieferungsfrequenz von normal 700 bis zu einer heutigen von normal 1100 Kommissionen, was bei der durchgeführten Rationalisierung an Personal und Arbeitszeit eine Leistungssteigerung von 180 Prozent bei dem Einzelnen bedingte (!), ohne daß sich die Häuptlinge dieses Warenhauses auch nur im geringsten kümmerten, überhaupt einmal die physischen Voraussetzungen dazu zu schaffen! Wie verheerend aber mußten erst die psychologischen Folgen beim Personal wirken, wenn — wie noch gar nicht lange, an einem Ultimo, soundsovielte im Personal entlassen wurden — einige Tage darauf der zweite, längst aubandfähige, Direktor des Hauses im französischen (natürlich) Wilhelm-Wagen mit Frau und Kindern eine Erholungsreise nach dem Süden antrat! Als jener zurückkam, fühlte sich der berühmte Herr Emanuel selbstverständlich auch etwas leidend und soglich zog er es vor, an jene Stütze zu ziehen, wo sich das Kabinat von ganz Europa zu erhalten pflegt — nach Karlsbad in die Kischpostomakel! Letzterer ist gleich großmütig genug, sich nicht zu den Deutschen zu rechnen, indem er der Erfinder des Ausdrucks vom „deutschen Schweinefall“ ist... Auf eine Bemerkung der ehrenwerten Frau Dr. Weber (Dr. mit Vorbehalt!) sie hätte doch selbst nichts mehr, brach im Zuhörerraum, wo sich ehemalige Angestellte der Firma befanden, begriffliches Gelächter aus, denn was bedeutete es schon, wenn man eine Kürzung erfährt, bei einem monatlichen Gehalt

Schwindeleien der „Arbeiter-Zeitung“

„Wer ist das?“

Die „Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 206 vom Mittwoch, den 9. Dezember 1931, ein Bild mit der obigen Ueberschrift. Auf diesem Bild befindet sich ein englischer „Bobby“ mit einem mauscheinenden Juden. Die „Arbeiter-Zeitung“ behauptet frech, daß dies nicht etwa ein jüdischer Handelsreisender sei, sondern der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rosenberg, Hauptgeschäftsführer des „Völkischen Beobachters“. Wir stellen hierzu fest, daß dies eine gemeine Bildfälschung ist, denn Rosenberg trägt weder eine Brille, noch ist er von dieser kleinen Figur, wie sie das Bild darstellt. Vermutlich hat die „Arbeiter-Zeitung“ den Juden Wolodarsky (zu deutsch Kohlen) neben den „Bobby“ gestellt, zumal sich ja bekanntlich eine große Anzahl jüdischer Sowjetpolitiker in den kapitalistischen Ländern herumtreibt, und dort ihre Seitgelage abhalten.

von 420 RM. Dann kam der Abteilungsleiter des Herrn Kr., der immer korrekte Herr Heinz, zur Sprache. Er ist der Mann, der erst diesen Ueberstunden-Zustand möglich machte... also Herr Kr., wir müssen unbedingt diese Arbeit noch wegschaffen, sonst kommen wir morgen nicht zurecht — Herr Kr. hätte sich sehr journalistisch betätigt, ein gewisses Plus an Telephon) — Herr Kr. möchte morgen um 1/26 Uhr früh im Geschäft sein usw. usw.“

Mit der Haltung eines früheren Gardeleutnants steht H. Heinz vor dem Richter und glaubt bestimmt zu wissen. Herr Kr. hätte sich journalistisch betätigt, ein gewisses Plus an Ueberstunden könne er nur zu dem Zwecke benötigt haben, im Geschäft sich eine Sammlung von Leitartikeln zurechtgelegt zu haben (!!). Dabei war es derselbe Herr Heinz, der monatlang dem Herrn Kr. den Schlüssel der Abteilung anvertraute, damit dieser zu jeder Nachtzeit die Abteilung betreten könne. Man mag es mitleidig haben, äußert sich Herr Kr. nachträglich im privaten Kreis, wie gerade damals, als noch die meisten Ueberstunden fällig waren.

Nacht für Nacht ein Duzend Mäuse über die in der Expedition lagernden Lebensmittel und Waren herfiel und sich daran gütlich tat. — Dort meine privaten Arbeiten zu erledigen, wäre für mich ein Ziel gewesen!

Von dem Streitwert von 251,81 RM an rückzahlbaren Ueberstunden durfte die Frau Dr. Weber zum Zwecke des Vergleichs nicht mehr bieten als 50 RM (!!), was indessen Herr Kr. spontan zurückwies! Der Arbeitsrichter, der eine sehr korrekte Prozeßführung befolgte, vertagte die Sitzung bis 30. Dezember, während die Frau Dr. Weber immer noch an ihren Beteuerungen festhielt, die Firma sei zu arm und könne die hohe Summe des Streitwertes nicht aufbringen (!!).

Fürsorgeamt, wo bist du?

„Das gibts nur einmal...“

Wochenlang schon trommelt die Zentrumspartei in ihrer „Schwarzen Tante“ zum Generalappell der Mannheimer Damenpartei. Und nun, nachdem die Amazonen in voller Kriegsbemalung bereit standen, hat sie der eigene Generalissimus in Berlin durch die 4. Notverordnung entworfen. Der Burgfrieden ist vor dem Sturmappell ausgetreten und bar jeglichen Ruhms sind sie wieder zum Strickstrumpf zurückgekehrt und summen hinter dampfenden Kaffeekannen vor sich hin: „Das gibts nur einmal, das kommt nicht wieder, es ist zu schön, um wahr zu sein...“

Das arme Judenmädchel bei der M. W. M.

In der letzten Folge beschäftigten wir uns schon einmal mit den Mannheimer Notorenwerken und stellen ein merkwürdiges Verhalten fest. Das netteste von allem — das sich besonderer Beliebtheit unter den M.W.M.-Angestellten erfreut — ist folgendes:

Einem großem Teil der M.W.M.-Angestellten hatte man am 1. Dezember ds. Js. (als Weihnachtsgratifikation) gekündigt. Unter anderem auch einem gewissen Fr. Baum. Man hatte jedoch vergessen, daß Fr. Baum eine Jüdin ist; schnell mußte die Kündigung zurückgenommen werden. Im Aufsichtsrat sind nämlich auch Juden und das könnte doch den leitenden (oder leitenden) Angestellten etwas peinlich sein. Den Angestellten sagt man: Ein armes Mädel! Nebenbei bemerkt treibt der Vater dieses „armen Mädchels“ einen schwunghaften Schuhhandel (natürlich nur als Geschäftsführer der G. m. b. H.). Fr. Baum konnte auch diesen Sommer noch eine Badereise nach dem Süden machen, dieses arme Mädel! —

Ist vielleicht auf Betreiben von Stadtrat Levi (Aufsichtsrat in M.W.M.) die Kündigung zurückgenommen worden?

Hat Stadtrat Levi vielleicht ein „Brieflein“ geschrieben?

Spendet für die Notküche

Landwirtschaft und Böse. Von Bruno Lugenberg, 40 Seiten, Preis 60 Pfg. München 1931. Verlag Franz Eher Nachf. — Der von Lugenberg bearbeitete Stoff ist äußerst interessant gestaltet und wird auch von demjenigen beachtet werden, die mit der Landwirtschaft wenig zu tun haben, da er neben sachwissenschaftlichen Abhandlungen auch die geschichtliche Entwicklung des Wärensens im Verhältnis zur Landwirtschaft äußerst interessant schildert. Vorliegende Arbeit wird bei Freund und Gegner auch deshalb größte Beachtung finden, weil Lugenberg zu den besten Kennern der landwirtschaftlichen Verhältnisse zählt.

NS.-Christmarkt

zu Gunsten der NS.-Winterhilfe in der Rhein-Neckarhalle

(große 7000 Personen fassende Halle nächst dem Schlauchtief zu erreichen mit Straßenbahn Linie 15 und 26)

19. und 20. Dezember:

Samstag, 19. Dezember:

14.30 Uhr Kinderfest: Reigen, Gesang, Nikolaus, Krabbelsocke, Märchenzählung, Kinder-Kino, Rapsodie, Autobahn, Kaffee, Kuchen und mehr.

20.30 Uhr abends: Weihnachtsfeier, 19.30 Uhr Soaöffnung.

Mitwirkende: Frau Emma Heinle-Kelch, Schauspielere, Vierzehner, Frau Trude Siefert, Mannheim, Wit, Herr Opernsänger Alfred Färber, Mannheim, SA-Chor, Mannheim, Spielführer der NS.-Jugend, NS.-Hauskapelle. Nach der Feier: gemütliches Beisammensein, Kaffee, Kuchen, Verkauf, Unterhaltungen jeder Art.

Sonntag, 20. Dezember:

Großer Christmarkt und Unterhaltungs-Nachmittag. Beginn 14.00 Uhr, Ende 24.00 Uhr. Militär-Konzert der SA-Standarten-Kapelle „Schlageter“, Heidelberg. SA-Chor, Herr Kammeränger Hans Gedde, Rosen-Doppelquartett, Lautensänger Hoffmann, Ludwigshafen, Reigen- und Solotänze, Buden aller Art für Groß und Klein!

Parteiengenossen und Volksgenossen aus Stadt und Land, besucht den NS.-Markt in Mannheim! Kommt und best!

Eintritt 30 Pfg., Erwerbslosen, SA., SS., NS.-Jugend, D.-S. 20 Pfg. Dauerkarten 80 Pfg. bzw. 50 Pfg.

Weinheimer Brief

Ueberfüllte Massenversammlung

Wir hatten Glück gehabt in Weinheim, daß der Herr Bräutigam seinen Weihnachtsburgfrieden erst am 9.12. inszenierte. Hatten wir doch Gelegenheit am 8. Dezember den landwirtschaftlichen Sachberater der Westgaue der NSDAP in Weinheim zu hören. Der Saal war beängstigend überfüllt.

Kurz vor 1/9 Uhr erschien der Redner des Abends mit dem Landtagsabgeordneten R. S. hier im Saale, stürmisch begrüßt. Vg. Köhler eröffnete anschließend die Versammlung unter Dankesworten an die zahlreich erschienenen Parteigenossen und Freunde der Bewegung. Wenn man sich heute mit politischen Tagesfragen befaßt, so begann Reichstagsabgeordneter Lu yken sein Referat, so müsse man sich die folgenden grundlegenden Fragen vorlegen: Was ist die Aufgabe eines Staates? Was hat der Staat zu erreichen und zu erfüllen im Interesse seiner Staatsbürger, und was erwarten wir von diesem Staat; was ist der Sinn unseres Lebens? Aufgabe eines Staates sei es, die Wünsche seiner Staatsbürger nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Kräfte, die dem deutschen Volke gegeben und geschenkt seien, sollten dazu verwendet werden, unseren Nachkommen eine bessere Zukunft zu garantieren. Die Regierung der Weimarer 18 habe nicht das Erforderliche zur Schaffung dieser Voraussetzung getan. Man sehe täglich immer mehr, wie der Stand des deutschen Volkes, der Nährstand immer mehr verarme und entleert werde. Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Besitzes häufen sich in erschreckendem Maße. Die deutschen Bauernsöhne würden von Haus und Hof vertrieben und müßten nach Kanada und weithin Gott wohlhin auswandern, während bei uns im deutschen Vaterland Fildchen von ungeheurem Ausmaß an ertragsfähigem Boden brach liege. Redner richtet einen warmen Mahnruf an die Versammelten dazu beizutragen, daß unser Volk wieder einig werde in dem Willen zur nationalen Volksgemeinschaft. Nicht materielle Güter und Geld allein, sondern in erster Linie das Brot aus der schaffenden Arbeit sichere die Zukunft eines Volkes. Oberstes Gebot aber sei es, den Arbeitswillen des deutschen Volkes zu schützen gegen fremde Kräfte, die bis jetzt nur Kapital aus der Arbeit des deutschen Volkes geschlagen hätten.

Vg. Luyken erntete stürmischen Beifall für seine Ausführungen. Zur Aussprache hatte sich niemand gemeldet, obwohl politische Gegner anwesend waren. Im Schlusswort kam der Redner noch auf die Dinge in Hessen zu sprechen. Es erübrigte sich eigentlich über diesen Fall überhaupt noch ein Wort zu verlieren. Es habe sich klar erwiesen, daß die ganzen gegnerischen Pressemeldungen auf Lug und Schwindel aufgebaut gewesen seien. Landtagsabgeordneter Köhler ergriff das Wort, um dem Redner Dank für seine Ausführungen zu sagen. Er kam kurz auch noch auf eine innerbadische Angelegenheit in der Frage seines offenen Briefes an den Staatspräsidenten zu sprechen. Auch über die Entwicklungsmöglichkeiten in Hessen berichtete er in kurzen Zügen. Dem Zentrum seien die Bedingungen gestellt, unter denen sich die Nationalsozialisten bereit erklärten, das Zentrum in die Regierung in Hessen mit einzubeziehen. Damit erübrigte sich das ganze Geschwafel unfruchtbarer Regierungskoalitionen. Auch Vg. Köhler erhielt starken Beifall für seine Schlussworte. Die Veranstaltung verlief in gewohnter Ruhe und Ordnung. Die Kapelle Brockenauer erfreute in dankenswerter Weise mit flotten musikalischen Darbietungen. Die NSDAP wird trotz zunehmendem Versammlungsverbot auch nach dem 3. Januar 1932 wieder auf dem Posten sein.

Vom Weinheimer Rathaus

Die Weinheimer Erwerbslosen stellten vor einiger Zeit einen Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe. Der hierzu benötigte Betrag hätte sich auf 60.000 RM belaufen. Der

Stadttrat kam zu keinem Resultat. Die Sache wurde an den Stadtverordnetenvorstand verwiesen. Guter Wille war vorhanden, man war jedoch auch hier nicht in der Lage zu sagen, woher die erforderlichen Mittel nehmen. Das Ergebnis der

Schwetzingener Brief

Teilfreispruch im Schwetzingener Uniformprozeß - Margistischer Denunziant wegen Meineid angezeigt!

Auf Grund einer Anzeige von zwei Margisten (Vater und Sohn) erhielten 5 SA-Leute Strafbefehle über je 50 RM wegen Uebertretung der badischen Notverordnung (Uniformverbot), gegen welche sie Einspruch erhoben. Anfangs d. Mts. fand nun die Verhandlung gegen 4 SA-Leute, der fünfte Fall mußte wegen Krankheit des Beteiligten abgetrennt werden, vor dem Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Faid, statt. Schon der erste Zeuge, ein Gendarmerteiloberwachmeister, mußte im Gegensatz zu seiner Protokollierung, die Darstellung des einen SA-Mannes als richtig anerkennen, wonach derselbe nur die Möglichkeit eingeräumt hatte, daß man die Uniform beim Verschleßen des hochgestellten Kragens hätte sehen können, nicht aber die Tatsache als solche. Der zweite Zeuge R. Jun., einer der beiden Denunzianten, behauptete unter Eid erst das Gegenteil von dem, was er später aussagte. Er setzte sich damit im Gegensatz zu den eidlichen Aussagen der übrigen vier Zeugen. Der Richter verwarnete diesen sauberen Zeugen ein paar Mal und ließ jedes Wort genau protokollieren. Die Betroffenen haben in der Zwischenzeit diesen sauberen margistischen Heiden wegen Meineid angezeigt, denn die ganze Aussage in ihrer Gegenfährlichkeit und Unwahrhaftigkeit war ein glatter Meineid, begangen deshalb, weil der Betreffende an demselben Abend, an dem er die SA-Leute in Uniform gesehen haben wollte, eine kräftige Abreibung erhielt. Er lauerte nämlich mit seinem Vater, dem zweiten Denunzianten, unseren SA-Leuten auf und drang mit einem langen Stechmesser auf sie ein, was eine anständige Tracht Prügel des Messerheiden zur Folge hatte. Nachdem R. Jun. noch aussagte, daß er 2 SA-Leute mit offenem Rock und Mantel gesehen hätte, folgten 3 Entlastungszeugen, die alle unter Eid beteuerten, daß das Brauhemd bei keinem der Angeklagten sichtbar gewesen sei. Der junge Staatsanwalt glaubte nun durch seine Anklagerede Lorbeeren ernten zu können, indem er erstens die Frage aufwarf, ob nicht überhaupt das verstedete Uniformtragen gegen die Notverordnung verstoße und zweitens ausführte, daß dem Zeugen R. Jun. unbedingt zu glauben sei, da wahrscheinlich die SA-Leute einmal Rock und Mantel an und dann wieder aus gehabt hätten (!). Die 3 Entlastungszeugen galten diesem sonderbaren Staatsanwalt nichts, weil die Betreffenden Kameraden der Angeklagten seien und man deren Aussagen nicht bewerten könne (!). Sonderbar, recht sonderbar, Herr Staatsanwalt, schade, daß kein schlagkräftiger Verteidiger da war, der diese eigenartige Einstellung energisch hätte zurückweisen können. Es ging aber noch gut, denn das Gericht verurteilte nur 2 Angeklagte und zwar mit je 25 RM und 15 RM und zwar auf Grund der Aussage des R. Jun. während die anderen beiden Angeklagten, Kosten zu Lasten der Staatskasse, freigesprochen wurden.

Das Gericht hat die Aussagen des R. Jun., wie es auch aus der Urteilsbegründung hervorgeht, als unglaubwürdig nicht in Betracht gezogen, sondern das Urteil nur auf die Aussage

Stadtverordneten-Vorstandsstimmung wurde dem Stadtrat unterbreitet; man war soweit wie zuvor. Guter Rat war teuer. Der Bürgermeister wußte die Mittel nicht beizubringen; die Fraktionen mit Ausnahme der NSDAP und SPD. machten überhaupt keine Vorschläge über die Beschaffung der Mittel. Von unserer Stadtratsfraktion wurde der Antrag gestellt, daß man für eine Winterbeihilfe einen Betrag von 25.000 RM aus den Mitteln des Zinsendienstes zur Verfügung stellen solle. Man hatte sich hierbei von der Erödigung leiten lassen, daß uns die Erwerbslosenwinterbeihilfe näher liege als der Zinsendienst. Wir haben damit einen Weg gezeigt, man kann gespannt sein, wie man sich hierzu stellen wird.

des R. Jun. gestützt. Die erste Frage des Staatsanwaltes wurde verneint.

Die beiden Verurteilten legten Berufung ein, da der Vater als Zeuge bestimmt auch unglaubwürdig ist, wenn der Sohn unter Meineidsverdacht steht. Wir werden über den Ausgang der Berufungsverhandlung und des Meineidsverfahrens berichten. Rebo.

Plankstadter Brief

Dr. Trautmanns Weihnachtsraum!

Der Schwetzingener Akademiker-Bürgermeister scheint eine außerordentlich heftige Neigung zu seiner Nachbarin Plankstadt in sich entdeckt zu haben, die er dadurch zum Ausdruck brachte, daß er unter Bezugnahme auf die badische Notverordnung beim Bezirksamt den Antrag

auf Eingemeindung Plankstadts in die „Stadt“ Schwetzingen stellte.

Die Notverordnungen bringen doch somit auch mal was Gutes für eine edle Seele, und wir sind davon überzeugt, daß Herrn Dr. Trautmann bei dem Gedanken an den fetten Bißchen bedeutend besser wird.

Uebrig findet er bei seiner Angebeteten auch nicht einen Funken von Gegenliebe, hat sie doch für die aus so edlen Motiven entsprungene Hinneigung nicht das geringste Verständnis. Wie schön wäre es doch, wenn man seine Stadt mit 9000 Einwohnern und 150 RM Schulden pro Kopf und Nase der Bevölkerung durch Verschluß einer gesunden, steuerkräftigen Gemeinde von 8000 Einwohnern und mit noch nicht 20 RM Schulden pro Kopf sanieren könnte. Und dann die schönen Alimende — wahrhaftig ein genialer Gedanke, Herr Doktor, aber leider — kein Bedarf.

Der Plankstadter Gemeinderat hat denn auch den Antrag des Herrn Dr. Trautmann wie man hört — einstimmig abgelehnt; eine Abstimmung der Einwohnerschaft hätte bestimmt genau den gleichen Ausgang.

So wird der nachdrücklichste Widerstand aller Plankstadter verhindern, daß Herrn Dr. Trautmanns Weihnachtsraum Wirklichkeit wird, und er wird, falls Bedarf vorhanden, sich auf andere Weise sanieren müssen.

Auf unseren Antrag im Gemeinderat hin, wurde vor einiger Zeit eine 20 %ige Herabsetzung der Tierhalterkosten in Angriff genommen. Dieser Antrag wurde von uns unter Hinweis auf die zurückgegangenen Auslagen der Tierhalter gestellt. Das Bezirksamt hat nun auf Befehle der Tierhalter entschieden, daß die Kürzung der Kostenbeiträge, da durch Privatvertrag vereinbart, also aus formalen Gründen nicht statthaft sei. Wir haben die Sache vorgemerkt und werden bei passender Gelegenheit darauf zurückkommen.

Mannheimer Kunstfragen

Judas Hand auf Kunst und Kunstverwaltung

IV.

„Fremd und teilnahmslos steht der Jude inmitten einer Gesellschaft, die er nicht versteht, mit deren Neigungen und Bestrebungen er nicht sympathisiert, deren Geschichte und Entwicklung ihm gleichgültig sind.“ Richard Wagner.

Oskar Graß schreibt in seiner feinsinnigen, treffsicheren Kritik über das große Gemälde „Erschießung des Kaisers Maximilian“ des Franzosen Manet:

„Wer das Gemälde gesehen hat (eine Abteilung Soldaten schleift auf drei Männer, während im Hintergrunde neugieriges Volk über die Mauer herüber zuseht) und wer Manets Werke kennt, der weiß, daß es sich um sein vielleicht schlechtestes Bild handelt. Manet war nicht fähig etwas zu verfertigen, was auch nur ein bißchen Erfindung erforderte. Seine Stärke liegt auf anderem Gebiet. Hier hatte er eine Aufgabe angegriffen, die ihm — bei der Größe des Bildes — völlig mißlingen mußte. Die schlechenden Soldaten sind eine gute Studie, die von seinem Farbensinn zeugt. Der Rest ist um die Soldatengruppe herumgemalt. Also nichts von einem vorstellungsmäßigen Erfassen des Vorganges. Es gelang Manet nicht einmal, die Komposition nach rechts abzuklaffen. Er stellte dort als „Vertiegtungsfigur“ einen den Hahn seines Gewehrs öffnenden Unteroffizier hin, der dem Künstler ohne Rücksicht auf die übrige Handlung Modell steht und dessen rechte Hand gleichsam zu bewältigen Manet verlagert war. „Es ist eine Welt für sich“ jubelte damals die von Liebermann begeistert gewordene Presse. Daß die Soldaten an den drei zum Tode bestimmten vordränglichen, ist in der Witzpresse genügend verspottet worden. Dazu kommt, daß Manet nicht vermochte, das Bild materiellement einheitlich durchzuführen. Die Soldaten sind mit ruhiger Beobachtung nach dem Leben gemalt, alles andere hätte daher in der gleichen Weise wiedergegeben werden müssen. Das konnte aber Manet nicht, weil ihm zu den drei Bildnisgestalten der Hinrichtung kein Modell zur Verfügung stand, dort also Erfindungsgegenstände den

Pinselführer zu führen hatte. Schon die drei Männer sind schemenhaft, schwach und unfertig. Bei den Zuschauern über den Mauer und bei der Landschaft hinter ihnen war er ganz hilflos und geriet in eine nachlässige formlose Pinselerei, die auch mit den Beleuchtungsverhältnissen, unter denen die Soldaten gemalt sind, nicht mehr zusammenhängt. Manets Bild fällt materiellement in zwei nicht zusammenpassende Teile auseinander und ist deshalb kein großes Kunstwerk.“

Es bleibt dem unbefangenen Leser überlassen, diese Kritik in die Hand zu nehmen, um sie am Urteile nachzuprüfen. Oskar Graß schreibt weiter: „Diese ausführliche Kritik war notwendig, um zu zeigen, wie ungerechtfertigt das Geschrei (des jüdischen Bilderdörstianers, ihrer Kunztieher und Handlanger) war, das für das „einzige monumentale Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts“ als Erwerb Dr. Waghers gemacht wurde. Der Ankauf der „Erschießung“ war der Anfang für das undeutliche Wesen, das sich nun breit machte. Ähnliche Dinge wiederholten sich um Ueberflut.“

Also schon 1913 hat sich eine Stimme aus der Wüste erhoben, die im Rahmen eines für ganz Deutschland geltenden Buches die Kursänderung des Mannheimer Kunstlebens entdeckte und — allerdings vergeblich — warnte. Je mehr der jüdische Einfluß zunahm, desto weiter ging es mit dem vergeschäftlichten Kunstleben Mannheims herunter. Die französischen Impressionisten, die — wie an einer anderen Stelle in diesem Blatt schon nachgewiesen wurde — den Auslandsbesuch des deutschen Künstlers ruinieren haben, wurden verheimlicht, unterstützt und aufgekauft. Es entwickelten sich nicht nur in Mannheim die besten Geschäfte für den Kunsthandel, sondern für die ganze Beeinflussungsszone des Kunstkongerns Cassirer, Liebermann und Co. Die Pariser Ladenhüter wurden schnell hochgelobt und das dankbare Deutschland nahm sie mit offenen Armen auf, zum Nachteil des eigenen schaffenden Künstlers, zu Preisen, die sich in den Kunststätt der betroffenen, meist westlichen Städte, sehr fühlbar auswirkten.

Dieser Kurs wurde nun an der Mannheimer Kunststätt weitergeführt. Sowohl im Kaufsallwesen, als auch im

Bildankauf wurde die letzte Tageskunst mit ihren Un- und Unarten gepflegt.

Es wäre eine dankbare Aufgabe, sämtliche Bildkäufe und Ausstellungen in den letzten zwei Jahrzehnten aufzustellen (wobei von den beheimateten badischen Malern, denen man nun doch zu schlecht aus dem Wege gehen konnte, abzusehen wäre), sie gehören wohl so ziemlich alle „der Schule“ Cassirer-Liebermann an. Die großen, wahrhaft deutschen Künstler werden noch heute von der Direktion als „keine großen Künstler“ abgelehnt.

Im übrigen wäre es auch interessant, den Lauf mancher hochbezahlter Bilder bis zum Keller der Kunststätt kennen zu lernen, vielleicht findet sich hierzu ein geeigneter Wünscheerutengänger.

Bei dieser Bedeutung, die sich Liebermann und Co. in deutschen Kunstleben anmaßte, ist es auch klar, daß 1914 in der Münchener Walthalla die Büste Liebermanns aufgestellt wurde (ohne seinen Wahlspruch), Musik hierzu aus Meinerbeers Propheten, Festreden des ungarischen Juden Meier-Gräfe und Max Reinhardt (Goldmann). Die Allianz Israel unterfelle hat die Büste dieses Generalfeldmarschalls der deutschen Kunst gestiftet. Das war die Einweihung eines Grabmals der deutschen Kunst!

Wie sich feinerzeit das in Kunst machende Judentum mit einer Spitzfindigkeit sondersgleichen, nach der Lokung Berlins, sofort auf München warf, wo noch die wahre deutsche Kunst eine Heimat hat, genau so neuerdings auf Weimar, wo Deutschlands erster und bester Kunstfachverständiger Prof. Schulze-Naumburg als Leiter der Staatlichen Kunsthochschule auf Geheiß unseres Vg. Minister Frick den Kampf gegen die jüdische Talmiskunst aufnahm und an ihre Stelle die deutsche setzte. Hier war es die verfreunauerechte „deutsche“ Volkspartei, die auf Geheiß des allmächtigen Judentums zu erreichen suchen mußte, daß die Verträge mit Schulze-Naumburg gekündigt wurden. Daß diese Partei nun im Todeskampfe liegt (Hessenwahl), hat sie schon um dieses Verrates an der deutschen Kultur willen reichlich verdient. (Fortsetzung folgt) v. W.

Hauptkreditgeber: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Badische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Ahrnebene und Bergstraße“, Belagen und „Paroleausgabe“: Friz Haas; für Anzeigen: Kurt Ott; sämtliche in Mannheim. Zahlungs-, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim. Postfachkonto: 6775 Ludwigshafen. Buchdrucker: Schmalz & Leßinger, Mannheim.

Ein jänn
Ber
Wie erst
helm der
für Herrn
Abstimmung
recht heftig
effentenhau
An
Das
stimmung
als 2. Schr
Gleich
der Partel
Doch nicht
auch der
Austritt erkl
Wirtschaftspa
sozialistischer
Mannheim,
mit der Stel
sondersteuer,
zu dem Wich
vertraut mad
Wie die
die Schuld an
Entstehen aus
lichen Willen
jeder Partei
unterstützt.
Auch die
glaube ich
daß sie
wollte,
Über gerade
mit ande
insbesondere
falls am ung
essen zu tre
schütternder
bürgerlich
ähnlichen Sch
somentische
des Reichstog
essen des M
System verirr
partei, wenig
selbst behaupt
am Leben, be
jedenfalls ni
Der prog
Ihre tai
sie ist die
politik als
die Satire
wollen sie pa
auf einer St
Der M
Parallele
sind nur an
des Widerst
Wohle des
mit sich eben
die Wirtschaft
ungeschriebene
wieder befrü

Ein jämmerlicher „Interessenhaufen“

Zerfall der Mannheimer Wirtschaftspartei

Zerfall der Mannheimer Wirtschaftspartei

Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Ortsgruppe Mann- heim der Wirtschafts-Partei das Veto ihrer Reichspartei für Herrn Brünning teuer zu stehen gekommen.

Mannheim, den 1. Oktober 1931

An die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei, Ortsgruppe Mannheim) Mannheim

Das Verhalten der Reichspartei bei der jüngsten Ab- stimmung im Reichstag gibt mir Veranlassung, das Amt als 2. Schriftführer in der hiesigen Ortsgruppe niederzulegen.

Hochachtungsvoll gez. . . .

Doch nicht nur der 2. Schriftführer, sondern, wie wir erfahren, auch der erste hat seine Ämter niedergelegt und seinen Austritt erklärt.

Wie die Sozialdemokraten, so hat die Wirtschaftspartei die Schuld auf sich geladen, den Sinn des Kampfes, der ihrem Entstehen zugrunde lag, und damit den Inhalt des eigent- lichen Wollens zu verraten.

Auch sie ging ja von Interessenpolitik aus und glaubte den Mittelstand dazu mißbrauchen zu können, daß sie ihn von einem politischen System einfangen wollte, welches Marxismus mit anderen Vorzeichen, „bürgerlichen“ Marxismus, darstellt.

Aber gerade der Mittelstand ist auf die Verbundenheit mit anderen Bevölkerungsschichten angewiesen, insbesondere auf das Wohl der Arbeiterschaft, daß er jeden- falls am ungeringsten sein muß, eine Politik isolierter Inter- essen zu treiben.

Der programmatische Wille der Wirtschaftspartei und ihre tatsächlichen Handlungen stehen im kräftigsten Gegensatz:

Die ist die Promenadenmischung ihrer Utopie: Mittelstands- politik als Klassenpolitik, treiben zu wollen und es ist nur die Saitte der Demokratie, daß um der Parliamentsliebe willen sie parlamentarisch im Reich praktisch mit der SPD, auf einer Stufe steht.

Der Marxismus der Roten und dessen bürgerliche Parallelen hängen wie Pech und Schwefel zusammen,

sind nur zwei Seiten ein und derselben Sache, nämlich des Widerstans egoistischer Interessenpolitik, die mit dem Wohle des Volkes schindluder treibt.

Theater

„Das Herz“

Es gibt vielleicht kein Element im Kulturleben, das enger mit dem Geiste zusammenhängt als das Theater; das Theater ist also gleich verstofflichter Geist.

Diese Gedanken waren wichtig, um das neue Werk Hans Pflanzers, das am letzten Sonntag seine Mannheimer Erst-

Theorie mit der Praxis nicht in Einklang zu bringen ist. Den Marxisten geht es dabei wie den Bürgerlichen.

Die Zukunft gehört nun einmal dem National- sozialismus —

und wenn die Welt voll Teufel wär! Das beweist auch der rasche Auflösungsprozeß in Mannheim, trotzdem er gerade weil der „allgewaltige und geschäftstüchtige Führer“ den bürgerlichen Gruppe, Herr von U., diesen Parteikroß am deutschen Volkshörpers zu hegen sich bemüht.

Vom Rathaus

Die nationalsozialistische Fraktion stellt folgenden Antrag: Das Schulgeld für die städtischen Mittelschulen wird vom 2. Tertial 1931 ab um 25 % ermäßigt.

Begründung:

Löhne und Gehälter von Arbeitern, Angestellten und Beamten sind im Lauf des Jahres 1931 durch Notver- ordnungen außerordentlich stark gekürzt worden.

Paroleausgabe

Achtung Ortsgruppenführer!

Da alle öffentlichen Versammlungen verboten sind, fallen die angekündigten Versammlungen aus, jedoch sind Mitglieder- Versammlungen erlaubt.

Der Organisationsleiter: gez. Pflaumer.

Achtung!

Da auf Grund der neuen Notverordnungen alle politischen Versammlungen bis zum 3. Januar 1932 verboten sind, muß die angekündigte Versammlung für 15. Dezember ausfallen.

Schweigen

Freitag, 18. Dezember, abends 8.30 Uhr, Lokal „Schwanen“, dringende Mitgliederversammlung.

Weinheim

Der nächste Sprechabend findet am Freitag, 18. Dezember, abends 8.30 Uhr, in Digners Bier- und Weinstuben statt.

aufführung erlebte, richtig würdigen zu können. „Das Herz“ ist das Werk eines gereiften Schöpfers.

Der des Zaubers kundige Arzt Athanasius erweckt mit Hilfe dämonischer Mächte einen verstorbenen Prinzen zu neuem Leben.

Die hiesige Aufführung stand auf beachtlicher Höhe. In dem schönen Erfolg haben die Schauspieler, die musikalische und die technische Leistung gleichen Anteil!

Irreführung der Käufer.

Reichsverband contra Schuhfabrik Ed. Lingel u. S.

Aus der „Schuh- und Lederzeitung“ vom 26. November 1931, entnehmen wir folgenden Artikel:

Der Reichsverband deutscher Schuhhändler teilt zur Bekanntheit mit:

„Die Lingel-Schuhfabrik ist mit einer neuen Verkaufs- preisliste von RM 8.50 herausgekommen. Zur Propagierung dieses Artikels bedient sie sich einer marktschreierischen Reklame, die überdies auch unrichtige Angaben enthält.“

Wir haben daher sofort gegen die Schuhfabrik Lingel die erforderlichen Schritte zwecks Unterbindung der irreführenden Behauptung eingeleitet.“

Es ist erfreulich, daß die solide Schuhindustrie diesem Ransch- treiben auf die Finger schaut und dagegen vorgeht.

Film

Schauburg: „Lügen auf Lügen.“ Eine lustige Hochstapler- affäre mit O. Wallburg, A. Roberts und H. Junkermann.

Scala: Kriminal- und Militärfilme scheinen einen Wett- lauf um die Reizhaftigkeit auszutragen.

Capitol: „Morg“ nennt sich der 1. Film des ausge- dehnten Programms. Er ist ein Farbenthriller englischen Ursprungs.

Nationaltheater Mannheim

Spielplan vom 16. bis 18. Dezember:

Nationaltheater:

Mittwoch, 16. Dezbr.: Miete C 15, Sondermiete C 6 (mittl. Preise): „Das Leben des Drossi.“ Große Oper von Ernst Krenek.

Donnerstag, 17. Dezbr.: Miete C 16, Sondermiete C 6 (kleine Preise): „Das dumme Engelchen.“ Weihnachtsmärchen von Ewald Baum.

Freitag, 18. Dezbr.: Miete C 14 (mittlere Preise): Zum ersten Male: „Kauznacht.“ Schauspiel von Richard Billinger.

Im Hof-Palast im Pfalzban Ludwigshafen:

Donnerstag, 17. Dezbr.: Freier Verkauf, Opernpreise (auch für die Jungtheatergemeinde des Bühnenvolksbundes); „Otello.“ Oper von Verdi.

Arbeitsvermittlung

Es wird eine Bäckertille gesucht (auch ausfallsweise). Zu erfragen auf der Geschäftsstelle D 5, 4. Tel. 317 16 (Sturm).

Hou-Rück!

Die furchtbarste Waffe des Kapitalismus ist seine Presse, darum so furchtbar, weil sie mit Gewissenlosigkeit, Lüge, Verleumdung, Scheinheiligkeit und Verlogenheit die nackte reine Wahrheit zu einer gefälligen Dime macht. Es ist der kapitalistischen Presse dabei völlig gleichgültig, ob sie ihr Geschäft in Religion, Marxismus, Nationalismus oder sonst etwas macht. Nur eins steht ganz außer Kurs, nämlich die Befreiung.

Wer das rassistende Kapital bekämpfen will, der muß zunächst seine stärkste Waffe, seine Presse, zerbrechen.

Der Nationalsozialismus hat selbst unter der „bürgerlich-nationalen“ Presse, die „ihn wohlwollend berücksichtigt“, kaum einen wahren Freund.

Die bürgerlich-nationale Pressefront macht mit dem Nationalsozialismus lediglich ihr Geschäft oder benutz ihn zu Vorspanndiensten für eine reaktionäre Politik.

Sie versuchte schon immer zu diesem Zweck, die NSDAP zu einer bürgerlichen Bewegung zu stampfen.

Nach dem 14. September 1930 wurde der Nationalsozialismus mit einem Schlag „satonfähig“, die Spalten der „bürgerlich-nationalen“ und der sog. „neutralen“ Zeitungen wurden ihm dann und wann „wohlwollend“ geöffnet. Doch wurde dabei alles sorgfältig gestrichen und geschminkt, was den im Angegentell inferierenden Juden und Freimaurern weh tun konnte. Es gab sogar sog. nationale Zeitungen, die das Hakenkreuz in unseren Anzeigen nicht bringen wollten, weil sie fürchteten, dadurch die jüdischen Geschäftsfreunde zu verletzen.

Wir dürfen dies niemals vergessen!

Die scheinbare Förderung des Nationalsozialismus durch „bürgerlich-nationale“ Zeitungen dient lediglich dem Interesse des unsozialen Spießbürgertums, da die gute Sache des Nationalsozialismus in diesem Rahmen bei dem ehrlichen urteilsfähigen Arbeiter der Faust und der Stirn in Miskredit geriet.

Wenn man bedenkt, daß 90 Prozent der „deutschen“ Presse unter jüdischem Einfluß stehen, und daß 30 bis 40 Prozent aller maßgebenden Redaktionsposten von Vollblutjuden besetzt sind, braucht sich der Leser nicht mehr zu wundern, wenn der Nationalsozialismus in dieser verjudeten Presse keinen einzigen wahren Freund besitzt. Wenn man weiter beachtet, daß die meisten „bürgerlich-nationalen“ Zeitungen ihr Material aus dem jüdischen W. I. B. oder dem Contibüro beziehen, dann begreift man noch besser, wie es möglich ist, daß die NSDAP in solch ungeheurer Weise von dem größten Teil der Presse verleumdet und verdächtigt wird.

Jeder Dummkopf, jeder politisch völlig Ungebildete muß einsehen, daß Juden und Judengenossen alles einsehen, kein noch so skrupelloses Mittel scheuen, um den Siegesmarsch des Nationalsozialismus aufzuhalten.

Es geht ja um Sein oder Nichtsein dieser zu 90% verjudeten Presse, deren einzige Befreiung darin besteht, dem Nationalsozialismus todschend zu sein.

Führende Leute der SPD und des Reichsbanners, dieser Leibgarde des internationalen Kapitalismus, beschloßen auf ihrer Tagung am 21. November in Magdeburg, daß der bisherige Verleumdungsfeldzug gegen die NSDAP sofort in gewaltig verstärktem Maße mit allen skrupellosen Mitteln durchgeführt werden solle. Die gesamte Presse von links bis rechts wird in gewohnter Weise diese Heh- und Verleumdungskampagne der Söldnertruppen des Kapitals in allen Tonarten durchführen. Wir erlebten es eben bei den Verdächtigungen wegen der Vorfälle in Hessen. Wir erleben es täglich neu in hundert anderen Fällen.

Nicht nur jeder Nationalsozialist, sondern jeder anständig denkende Mensch überhaupt, der für Wahrheit und Recht ist, ist moralisch verpflichtet, gegen diese jüdenhörige Presse Front zu machen.

Wer hinter die Kulissen des „daischen“ Pressewesens geblickt hat, glaubt einfach nichts mehr, was in den Spalten ihrer Gazetten gedruckt steht. Niemals aber darf man das glauben, was eine 90% jüdenhörige Presse über den Nationalsozialismus schreibt.

Wir Nationalsozialisten fordern in unserem Programm den gesetzlichen Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse, wir fordern weiter den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen verheerenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt. Wir können diesen Kampf schon jetzt vorbereiten, indem wir die im Vorstehenden gekennzeichnete Presse kalt stellen.

Das „Hakenkreuz-Banner“

die nationalsozialistische Kampfzeitung für die Bezirke Mannheim, Weinheim und Schwetzingen

erscheint ab 1. Januar 1932 als Tageszeitung

Die roten und schwarzen Parteiblätter und im gleichen Maße die sogenannten bürgerlich-neutralen Zeitungen haben nicht nur im Kampfe um Deutschlands Wiederaufstieg verlagert, sie haben sich im Gegenteil in weitgehendstem Maße an unserer trostlosen Lage mitschuldig gemacht. Die Politik, die sie unterstützen und vertreten haben, hat dazu geführt, daß die deutsche Wirtschaftsgeschichte der letzten 13 Jahre eine endlose Kette geschäftlicher Zusammenbrüche, Zwangsverfeilgerungen, Arbeitslosigkeit und Selbstmorde wurde. Tausende von Angestellten und Arbeitern fliegen täglich auf die Straße. Der deutsche Bauer wird von Haus und Hof verjagt.

Der deutsche Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Handwerker

ringt verzweifelt um die Erhaltung seiner Existenz. Eine Legion ist schon hinabgestoßen in die verzweifelte Armut des proletarischen Lebens.

Das Wohlfahrtsamt ist der letzte Weg der Ermittelten und Betrogenen.

Schon im Jahre 1890 schrieb der Sozialdemokrat Engels, der engste Mitarbeiter von Karl Marx:

„Wenn das Kapital die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, so tut es ein gutes Werk.“

Die verantwortlichen Parteien des Systems haben „das gute Werk“ vollendet.

Einzig und allein die nationalsozialistische Bewegung und ihre Kampfpresse lehnen sich mit glühender Leidenschaft gegen die Zerstörung und Ausbeutung des Mittelstandes und des Arbeiters auf. Das Volk strömt in hellen Scharen zu uns, weil es erkannt hat, daß

der Nationalsozialismus das letzte Aufgebot der Nation

ist. Kämpfer in unseren Reihen ist aber nur, wer die schärfste Waffe unserer Bewegung führt,

Unsere Presse!

Ohne sie kein Sieg!

Ohne sie verkommt unser Volk in dem Lügendunst schwarz-roter und neutraler Meinungsfabriken, die dem Volke die Tributverträge schmachtend gemacht haben, die für jede Wunde, die ihm geschlagen wurde, ein Pflaster bereit hielten, bis das Kurpfuscherium des politischen Journalismus den deutschen Volkshörper reiflos vergiftet hatte.

Darum im letzten Kampf um unsere Freiheit:

Her zu uns und unserer Presse!

Der untenstehende Bestellschein ist ausgefüllt ein Bekenntnis zum deutschen Freiheitswillen. Darum herein in die große Millionenfront der Arbeiter der Stirne und der Faust.

Bestellschein

Deutliche Schrift erbeten

Herrn/Frau/Frl. _____

Wohnort: _____ zuständige Post: _____

Straße: _____ Nr. _____

bestellt hiermit zur laufenden Lieferung ab 19.....

1 Exemplar „Hakenkreuz-Banner“
die nationalsozialistische Tageszeitung Nordwestbadens

Bezugspreis monatlich *R.M.* 2.40 einschl. Trägerlohn;
durch die Post *R.M.* 0.36 mehr.

Ich wünsche die Zeitung durch die Post — durch Träger

Ort: _____ Unterschrift: _____

„Hakenkreuz-Banner“
Herausgeber: Otto Weibel
Mannheim, P. 5, 13 a
Telefon: 314 71

An den
Verlag des
„Hakenkreuz-Banner“
Mannheim
P 5, 13 a

Deutsche Leser, grabt dieser jüdenhörigen Presse das Wasser ihrer Dreck- und Lügennülsen ab. Kauft und lest sie einfach nicht mehr. Bestellt euer Abonnement schon für den nächsten Monat ab!

Und wenn ihr sie wegen der lokalen Bekanntheitsmachungen usw. vorläufig noch nicht ganz entbehren könnt, so teilt euch mit mehreren in einem Abonnement.

Deutsche Kaufleute! Herausgibt nicht länger eure letzten Groschen für die jüdischen Anzeigenplantagen, wenn man euren Interessen im politischen Teil ins Gesicht schlägt. Was nützen die teuren Anzeigen, wenn auf der ersten Seite der Zeitung eine Politik befürwortet oder nicht energisch bekämpft wird, die euch und eure Kinder zu Heloten macht!

Die nationalsozialistische Presse muß den Grundstock zu einer neuen deutschen Presse bilden, einer Presse, die den Forderungen unseres Programms entspricht. Wir National-

sozialisten sind auch einzig und allein auf unsere eigene Presse angewiesen, auf die wir uns allein verlassen können.

Herr Brüning hat in seiner neuen Notverordnung zu bestimmen geruht, daß alle Versammlungen bis zum 3. Januar verboten werden. Wir haben in dieser Zeit keine einzige andere Waffe, um uns gegen unsere Verleumder zu wehren, als unsere Presse. Tausende von Versammlungen, die täglich von uns durchgeführt werden müssen, ruhen. Die Zehntausende, die dabei von unserer Arbeit, unserem Kampfe und unserem Willen erschauern, sind ohne unsere Zeitungen auch ohne jegliche Verbindung mit uns. An diesem Beispiel erkennen wir mit aller Deutlichkeit, wie wichtig unsere Presse im Kampfe für unsere Bewegung und somit auch im Kampfe für die Freiheit unseres Volkes ist.

Es gilt daher, unsere nationalsozialistische Presse immer mehr auszubauen, sie steht heute noch in keinem Verhältnis zu den vielen Millionen Anhängern, die bereits dem Hakenkreuzbanner folgen. Jeder einzelne kann daran mitarbeiten, indem er die anerkannten nationalsozialistischen Zeitungen liest und dafür wirbt.

Kampf der politischen Lüge! Kampf der politischen Verleumdung! Kampf der jüdisch-marxistischen Heße und Zersetzung!

Das ist gleichbedeutend mit: Kampf dem stinkenden Rattenkönig der jüdenhörigen daischen Presse!

Das „Hakenkreuz-Banner“ wird ab 1. Januar 1932 Tageszeitung aus eigener Kraft. Keine Börsen- und Bankgewaltigen haben uns auch nur einen roten Pfennig gegeben. Wir haben uns von diesen Finanzhähnen, die die deutsche öffentliche Meinung mit Gold verseucht haben, frei gehalten. Eure Arbeit war es, Parteigenossen, daß wir so gewachsen sind! Volle Stolz danken wir das jedem einzelnen. Doch wir dürfen nicht rasten. Wer rastet, der rostet! Wir sind gewohnt zu erobern. Greifen wir an und erobern wir die letzten Bastionen der Erfüllungspresse! Ho u. Ru d!

Achtung! Der Briefträger kommt dieser Tage ins Haus! Achtung!

Leser! Haltet dem „Hakenkreuzbanner“ auch als Tageszeitung die Treue. Alles was die „Systempresse“ in den letzten 13 Jahren geschrieben und als Heilmittel für unser Volk gepriesen haben, war falsch.

Wir haben genug von diesem Betrug!

Die Erfüllungsgazetten müssen vernichtet werden! Heraus aus Euren Häusern mit den Blättern der politischen Krämerfressen! Heraus mit den Presseerzeugnissen der demokratischen Börsen- und Wirtschaftsbankeuroteuren!

Der Wahrheit eine Gasse!

